

Gedenkstätten Rundbrief



- 3 Neu eröffnet: Das Museum »Hotel Silber« in Stuttgart.
Eine Ausstellung zu Polizei und Verfolgung an einem historischen Ort
Friedemann Rincke und Imanuel Baumann

- 14 »Ein Bild des Grauens und Schreckens«.
Eine andere Geschichte des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg
Florian Dierl und Hanne Leßau

- 24 25 Jahre Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal
Ulrike Schrader

- 31 »Voices of the Victims« –
ein andere Perspektive auf den Völkermord an den Sinti und Roma Europas
Karola Fings

- 36 »Satellite Camps« –
Eine neue Smartphone-App über KZ-Außenlager in Berlin
Thomas Irmer

- 39 Historisch-politische Bildung hinter Gittern. Ausstellungsprojekte des Anne Frank
Zentrums in Justizvollzugsanstalten
Franziska Göpner und Roman Guski

- 45 Nie wieder oder schon wieder? –
Die Verschiebung der Normalität in der deutschen Gesellschaft nach rechts und
die Gedenkstätten für NS-Opfer.
Bericht von der siebten bundesweiten Gedenkstättenkonferenz
Juliane Haubold-Stolle

- 51 Veranstaltungshinweise

- 55 Literaturhinweise

Neu eröffnet: Das Museum »Hotel Silber« in Stuttgart

EINE AUSSTELLUNG ZU POLIZEI UND VERFOLGUNG
AN EINEM HISTORISCHEN ORT

Friedemann Rincke und Imanuel Baumann

Anfang Dezember 2018 öffnete das Museum »Hotel Silber« als Außenstelle des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg in der Stuttgarter Innenstadt seine Tore.¹ Es informiert über die Geschichte des Ortes – vor allem aber über die Geschichte der verschiedenen Polizeibehörden, die dort im 20. Jahrhundert untergebracht waren. Nach dem Ersten Weltkrieg hatte der Besitzer aus Geldnot das Nobelhotel an das Land Württemberg verkaufen müssen. Seitdem wurden die ehemaligen Hotelzimmer als Büros verschiedener Behörden genutzt. 1928 bezog das Stuttgarter Polizeipräsidium samt der Politischen Polizei das Haus. Zwischen 1933 und 1945 nahm es die Politische Polizei sowie die Geheime Staatspolizei als Zentrale für Württemberg und Hohenzollern in Besitz. Nach 1945 war hier die städtische Kriminalpolizei ansässig.

Debatten um das »Hotel Silber«

Die Stuttgarter Nachrichten titelten zur Eröffnung des »Hotel Silber«: »Der späte Sieg der Bürger«.² In der Tat war es dem organisierten Protest vieler Menschen zu verdanken, dass das »Hotel Silber« überhaupt noch stand, denn 2008 war der Abriss bereits beschlossene Sache gewesen. Das Land Baden-Württemberg – das Gebäude ist in Besitz der Baden-Württemberg-Stiftung – und die Stuttgarter Firma Breuninger planten in der Stuttgarter Innenstadt ein neues Quartier mit Verkaufs- und Büroflächen sowie einem Hotel: Das »Hotel Silber« sollte weichen. Mit dem Ziel, für den Erhalt einzutreten, gründete sich eine Bürgerinitiative. Sie argumentierte, das »Hotel Silber« sei einer der wenigen noch verbliebenen historischen Bauten in Stuttgart und als ehemalige Gestapo-Zentrale ein Erinnerungsort von wenigstens regionaler Bedeutung, der nicht kommerziellen Interessen geopfert werden dürfe. Befürworter des Abrisses dagegen zweifelten an der historischen Relevanz des Gebäudes. Es sei so oft saniert und umgebaut worden, dass es sich letztlich um einen Neubau handle.

Die sich nun entzündende, zum Teil hitzige Debatte um den Erhalt des »Hotel Silber« war in ihrer Intensität neu, in der Sache aber durchaus ein Wiedergänger. Bereits in den 1970er-Jahren gab es Überlegungen, das Gebäude abzureißen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und die Jungsozialisten protestierten und forderten die Errichtung einer Gedenkstätte. Erhalten wurde es damals aber letztlich durch ein Bautgutachten, das dem »Hotel Silber« eine solide Bausubstanz bescheinigte. Eine Sanierung war billiger als ein Neubau.

1985 stand Hans Gasparitsch vor dem Eingang des »Hotel Silber«. Weil er kommunistische Parolen auf den Sockel eines Reiterstandbilds geschrieben hatte, war Gasparitsch 1935 von der württembergischen Politischen Polizei verhaftet und vom »Hotel Silber« aus in Gefängnisse und Konzentrationslager deportiert worden. 50 Jahre später forderte er vor dem »Hotel Silber« per Megafon die Anbringung einer Gedenktafel. Das Land und das Innenministerium als damalige Nutzer des Gebäudes gaben 1988

diesem Drängen nach und fertigten eine Tafel an. Bezeichnenderweise brachten sie die Tafel aber nicht an der Fassade, sondern versteckt im Innenraum an, wo sie von Passanten nicht wahrgenommen werden konnte.³

Die neuerliche Debatte zum Umgang mit dem »Hotel Silber« ab 2008 wurde unter Beteiligung einer weit größeren Öffentlichkeit geführt. Es war die Hochzeit des Protests gegen das Bahn-Projekt »Stuttgart 21« und eine Skepsis gegen »von oben« verordnete städtebauliche Vorhaben war weit verbreitet. Das Zugeständnis, im geplanten Neubau Fläche für einen Erinnerungsort zu reservieren, konnte die Auseinandersetzung nicht befrieden. Den Ausschlag für den Erhalt des »Hotel Silber« aber gab die Landtagswahl 2011. Die SPD war mit der Forderung in den Wahlkampf gezogen, den Bebauungsplan zu ändern. Als designierter Juniorpartner einer neuen grün-roten Landesregierung brachte sie ihr Anliegen erfolgreich in die Koalitionsverhandlungen ein: Der Erhalt des »Hotel Silber« war gesichert.

Forschung

Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg unter damaliger Leitung von Prof. Dr. Thomas Schnabel wurde beauftragt, ein Konzept für einen Erinnerungsort im »Hotel Silber« zu erarbeiten. Eine erste wissenschaftliche Bestandsaufnahme war dabei ernüchternd. Weder zur Geschichte des Gebäudes noch zu den Polizeiabteilungen, ihrem Personal oder ihren organisatorischen Strukturen gab es belastbare Befunde.⁴ Sammlungen mit möglichen Exponaten fehlten auch. Die Stadt Stuttgart leistet sich erst seit 2018 ein Stadtmuseum und entsprechend gibt es keine umfangreichere stadtgeschichtliche Sammlung, wenn auch das Stadtarchiv über Jahrzehnte wenigstens einige Stücke archivierte. Eine polizeihistorische Sammlung fehlt völlig.⁵

Die Lücken in der Gebäudegeschichte konnten glücklicherweise zügig geschlossen werden. Vorhandene Bauunterlagen, zeitgenössische Fotografien sowie Akten zur Gebäudenutzung ergaben bald ein Bild: Das »Hotel Silber« war Ende des 19. Jahrhunderts zur endgültigen Größe ausgebaut worden. Die behördlichen Nutzer hatten ab 1919 nur punktuell in die Strukturen eingegriffen. Im September 1944 war der nordwestliche Flügel bei einem Luftangriff bis auf den Keller zerstört worden, während der südöstliche Flügel so erhalten blieb, dass die Gestapo ihn weiter nutzen konnte. Ende der 1940er-Jahre wurde der zerstörte Teil wieder aufgebaut und der erhalten gebliebene saniert. In den 1980er-Jahren ergab, wie bereits erwähnt, ein Gutachten während einer erneuten Sanierungsphase, dass die Bausubstanz weiterhin belastbar war. Mehr aus Kostengründen wurde daher viel erhalten und die Raumstruktur weitgehend beibehalten.

Die Forschung zur württembergischen Politischen Polizei der Weimarer Republik machten ebenfalls rasch Fortschritte. Zum Personal und zur Organisation fanden sich Personallisten und Geschäftsverteilungspläne.⁶ Von besonderer Bedeutung sind die im Bremer Staatsarchiv ohne Lücken überlieferten geheimen Lageberichte der Politischen Polizei für die Jahre 1922 bis 1933.⁷ Sie geben Auskunft über das operative Agieren der Polizei, über ihre Einschätzungen und ihre Fokussierung.

Schwieriger gestalteten sich die Recherchen zur Politischen Polizei des NS-Staats oder zur Gestapo.⁸ Wie fast überall im Deutschen Reich vernichtete auch die für Württemberg, ab dem 1. Januar 1937 auch für Hohenzollern, zuständige Dienststelle der Gestapo ihre Akten kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Es sind bis heute keine



Sach- oder Personalakten gefunden worden. Dagegen fanden sich glücklicherweise gerade für das Jahr 1933 Personallisten.⁹ Diese konnten mit Hilfe von Unterlagen des ehemaligen Berlin Document Centers und Spruchkammerakten weitgehend erschlossen werden. So können wir heute in der Ausstellung nicht nur die enorme Personalausweitung nachvollziehen, sondern auch weiterführende Fragen zum Personaltableau, wie etwa die der personellen Kontinuität, beantworten. Nach dem derzeitigen Stand der Forschung zu regionalen Dienststellen der Politischen Polizei und der Gestapo kam es in keinem anderen Land oder Regierungsbezirk im Deutschen Reich zu einer derartig schnellen und ausufernden personellen Expansion wie in Württemberg.¹⁰ Innerhalb weniger Monate, zwischen März und Spätsommer 1933, verdreifachte sich das Personal der Politischen Polizei.¹¹ Ein Drittel des ursprünglichen Personals wurde aus politischen oder anderen Gründen versetzt oder ganz aus dem Polizeidienst entlassen. Diese Entwicklung hatte auch Konsequenzen für das »Hotel Silber«: Die Politische Polizei verdrängte die anderen Polizeiparten, so dass das »Hotel Silber« ab Herbst 1933 alleiniger Dienstsitz der Politischen Polizei war.

Insgesamt gehen wir davon aus, die wesentlichen biografischen Angaben von etwa 90 Prozent der Beschäftigten der Gestapo eruiert zu haben. Eine Herausforderung war dabei, die weiblichen Angestellten und Beamtinnen im Blick zu behalten. Zwar machten sie gegen Ende der NS-Diktatur rund ein Viertel des Gesamtpersonals aus, doch sind ihre Spuren ungleich schwieriger zu verfolgen. In den Unterlagen des ehemaligen Berlin Document Centers sind Frauen nur vereinzelt auffindig zu machen. Vor den Spruchkammern, deren Unterlagen heute eine kritisch zu hinterfragende, aber dennoch ergiebige Quelle sind, mussten sie sich nur in seltenen Fällen ausführlicher rechtfertigen. Dass die Frage nach den Rollen von Frauen bei der Gestapo nicht mit einem

Das »Hotel Silber« in der Dorotheenstraße. Alle Abbildungen: Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Daniel Stauch

Hinweis auf ihre meist nachgeordneten Tätigkeitsfelder beantwortet werden sollte, ergaben Recherchen zu einer im April 1945 aus Gestapo- und SD-Personal gebildeten Untergrundorganisation in Württemberg. Mehr als die Hälfte der im Frühjahr 1946 vom amerikanischen Counter Intelligence Corps verhafteten Mitglieder dieses konspirativen Netzwerkes waren Frauen – ein deutlicher Hinweis darauf, dass sie etwa bezüglich des ideologischen Zusammenhalts auch zur Zeit der NS-Diktatur eine bedeutende Funktion übernommen hatten.¹²

Ein wichtiger Aspekt der vorbereitenden Recherchen war die Suche nach Ausstellungsstücken aus dem persönlichen Umfeld ehemaliger Gestapo-Beschäftigter. Erfahrungsgemäß ist diese Suche mühevoller als die in familiären Kreisen ehemaliger Verfolgter. Dennoch ist es gelungen, mehrere (Teil-)Nachlässe für das »Hotel Silber« zu erschließen. Den Nachkommen ehemaliger Gestapo-Beschäftigter sind wir sehr dankbar, dass sie den oft schmerzlichen Weg nicht gescheut haben, sich nicht nur kritisch mit der Geschichte ihrer Eltern oder Großeltern auseinanderzusetzen, sondern diese durch die Leihgabe zum Teil sehr persönlicher Gegenstände auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. So zeugt heute in der Ausstellung ein Löwenkopf-Säbel eines späteren Gestapo-Beamten von den militärischen Traditionen der Weimarer Polizei, ein SS-Totenkopfring von der ideologischen Verschränkung von Polizei und SS, ein Kindertagebuch von der hohen Motivation eines Kriminalkommissars zur Teilnahme am »auswärtigen Einsatz« in der Sowjetunion und persönliche Briefe vom Versuch, dies wenige Jahre später zu verschleiern. Ein unveröffentlichtes autobiografisch angelegtes Romanmanuskript eines ehemaligen Gestapo-Beamten und späteren BND-Mitarbeiters schließlich macht, ob aus Verblendung oder kalkulierter Verteidigung, aus Tätern Opfer.

Anders als die Gestapo wurde die Kriminalpolizei nach dem Ende der NS-Diktatur nicht verboten. Die Verordnung der amerikanischen Militärregierung aber, alle NSDAP-Mitglieder aus dem Polizeidienst zu entlassen, führte in Stuttgart zu deren faktischen Auflösung. Über den personellen und organisatorischen Wiederaufbau der nun städtischen Kriminalpolizei, die wenige Tage nach der Ankunft der französischen Armee in Stuttgart das »Hotel Silber« bezog, lagen keine Untersuchungen vor. Wie für das Jahr 1933 galt es auch hier, die personellen Kontinuitäten und Brüche quantifizieren zu können, wenn auch über einen längeren Zeitraum hinweg. Die fast vollständig überlieferten Personalakten der städtischen Polizei waren von großem Wert.¹³ Als Marker wurden ehemalige NSDAP- und SS-Mitgliedschaft, Polizeidienst vor 1945, ehemalige Zugehörigkeit zur Gestapo, Verfolgung während der NS-Zeit sowie Einstellung aufgrund des »131er«-Gesetzes festgelegt und Personalschnitte für die Jahre 1948, 1949, 1955, 1959 und 1962 erarbeitet. Das Führungspersonal¹⁴ wurde dabei gesondert betrachtet. Tatsächlich ergaben sich einige signifikante Unterschiede. 1949 waren 11 Prozent des Führungspersonals ehemalige NSDAP- und/oder SS-Mitglieder. Dieser Wert stieg bis 1955 auf 25 Prozent und ging dann wieder leicht auf 20 Prozent (1962) zurück. Beim übrigen Personal ergaben sich keine derartige Schwankungen: Der Wert blieb konstant bei rund 15 Prozent.¹⁵ Das »131er«-Gesetz wirkte sich wenigstens bezüglich Neueinstellungen kaum auf das Personaltableau aus. Lediglich 16 Männer wurden als Begünstigte des Gesetzes, meist widerwillig, eingestellt.

Markant ist der Vergleich von Einstellungen ehemaliger Verfolgter und ehemaliger Verfolger. Bereits 1945 bewarben sich eine Reihe Männer, die erst kurz zuvor als politische Häftlinge aus den Konzentrationslagern befreit worden waren, bei der Kriminal-

1988–2012

Gedenktafel



Hess Gestapo-Beamter vor dem Eingang des »Hotel Silber«

Am 13. April 1945 wurden vier Personen in diesem Gebäude von der Geheime Staatspolizei ermordet. Die Opfer des Unrechts mit dem Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat.

Gedenktafel zum »Hotel Silber«

Am 13. April 1945 wurden vier Personen in diesem Gebäude von der Geheime Staatspolizei ermordet. Die Opfer des Unrechts mit dem Bekenntnis zum demokratischen Rechtsstaat.



polizei im »Hotel Silber«. Sie kehrten als Kriminalbeamte an den Ort und in das Gebäude zurück, von dem aus sie Jahre zuvor verfolgt worden waren. Nun kamen wenige Jahre später auch einige ehemalige Gestapo-Beamte in das »Hotel Silber« zurück.¹⁶ Rund 20 Jahre lang arbeiteten ehemalige Verfolgte Tür an Tür mit ehemaligen Verfolgern.

Die 1988 angebrachte Gedenktafel im alten Foyer des »Hotel Silber«

Das Konzept

Ende 2012 begannen die konzeptionellen Arbeiten. Wenn zu diesem Zeitpunkt auch noch vieles in der Schwebe war – Finanzierung, Fläche, Betrieb – so stand doch fest, dass das Projekt unter unmittelbarer Beteiligung interessierter Bürgerinnen und Bürger seinen Fortgang nehmen sollte. Die »Initiative Lern- und Gedenkort Hotel Silber e.V.«, 2008 als Sammlung verschiedener Einzelpersonen, Vereine und Verbände gegründet, war und ist fester Kooperationspartner des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg beim Projekt »Hotel Silber«. Wohl einzigartig in der Bundesrepublik war die Initiative an der Mehrzahl der verschiedenen Arbeitsabschnitte auf dem Weg zu einem Museum direkt beteiligt. Das Konzept für den Ort, alle Ausstellungsinhalte, alle Exponate, ja auch jeder einzelne Text und jeder Satz wurde nach Vorschlägen des Kuratorenteams Friedemann Rincke und Sarah Stewart und der Projektleiterin Prof. Dr. Paula Lutum-Lenger gemeinsam diskutiert und beschlossen. Das war mit hohem Zeitaufwand verbunden. Dafür aber ist ein Ort entstanden, dessen Errichtung nicht nur von Ehrenamtlichen initiiert wurde (dafür gibt es landesweit zahlreiche Beispiele), sondern von diesen auch maßgeblich mitgestaltet und heute betrieben wird, wofür es weit weniger Beispiele gibt. Die vielen Wendungen in der Diskussion über die Finanzierung und die Fläche im »Hotel Silber« sollen hier ausgespart bleiben. Am Ende einigten sich das Land Baden-Württemberg und die Landeshauptstadt auf eine hälftige Finanzierung des

Betriebs. Das Land übernahm allein die Kosten für die Sanierung, die Ausstellung und Ausstattung. Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg ist Träger der Einrichtung und die Initiative Kooperationspartner mit Sitzen in den Gremien und einem eigenen, wenn auch kleinen Etat. Heute stehen dem »Hotel Silber« rund 1000 m² zur Verfügung, was etwa Zweifünftel des gesamten Gebäudes ausmacht. Der Rest wird vom Land als Eigentümer vermietet. Die Dauerausstellung nimmt etwas mehr als 300 m² in Anspruch. Die gleiche Fläche soll für künftige Sonderausstellungen genutzt werden. Neben den üblichen Funktionsräumen gibt es zwei Seminarräume und das Foyer kann als größter Veranstaltungsraum genutzt werden. Damit ist auf knapper Fläche die wichtigste konzeptionelle Forderung erfüllt: Das »Hotel Silber« soll mehr sein als eine Ausstellung. Es soll ein offener Ort der Diskussion und des Zusammentreffens sein. Dafür braucht es Infrastruktur, mit der das Haus in bescheidenem Umfang nun ausgestattet ist.

2015 wurde ein Wettbewerb für die Ausstellungsgestaltung ausgerichtet. Die Jury kürte den Entwurf von Wandel Lorch Architekten aus Frankfurt am Main.

Das inhaltliche Feinkonzept für die Dauerausstellung sieht vor, dass der Zugang zu den einzelnen Themenfeldern der Präsentation stets über das polizeiliche Agieren und die polizeilichen Akteure geleitet wird. Der Begriff »Täterort« ist schwierig oder gar irreführend und falsch, wenn er für eine polizeihistorische Ausstellung für die Zeiträume Weimarer Republik, NS-Zeit und Bundesrepublik einheitlich gelten soll. Dennoch soll die Ausstellung das »Hotel Silber« als Polizeidienststelle vorstellen und nicht etwa als »Opferort« (sprich Haftort).

Die Ausstellung

Der Ausstellung vorangestellt ist ein Prolog, der auch als Epilog gelesen werden kann. Er beleuchtet, wie aus dem »Hotel Silber« ein lange umstrittener Erinnerungsort wurde, von den einen beschrieben und bedacht, von den anderen vergessen oder marginalisiert. So stehen zum Beispiel zwei Fotos des »Hotel Silber« nebeneinander. Auf den ersten Blick ist kein Unterschied zu sehen. Erst beim zweiten Blick fällt auf, dass die Hakenkreuzfahnen am »Hotel Silber« und den benachbarten Häusern auf dem einen Foto fehlen. Die Originalaufnahme stammt aus dem Jahr 1938. Erstmals veröffentlicht wurde es in den 1950er-Jahre als Teil eines Bildbandes über Stuttgart vor der Zerstörung. Man wollte das schöne Stuttgart zeigen und störte sich offenbar an den Insignien des NS-Staates. Kunstvoll wurden die Fahnen wegretuschiert und das »Hotel Silber« so von diesem Teil seiner Geschichte »befreit«.¹⁷

Die Dauerausstellung selbst befindet sich im ersten Obergeschoss. Bei der Sanierung wurde sehr behutsam mit dem Bau umgegangen, um möglichst viel historische Substanz zu erhalten oder freizulegen. So wurde die räumliche Struktur, die bis auf wenige Ausnahmen der des endenden 19. Jahrhunderts entspricht, auch im ersten Obergeschoss weitgehend erhalten. Der Preis sind recht kleine Räume. Das räumliche Rückgrat ist der lange Flur, von dem einst rechts und links die Hotelzimmer, dann die Büros zugänglich waren. Er steht heute auch für den bürokratischen Teil der Polizeiarbeit. Der Durchgang ist allerdings durch Bodenvitrinen versperrt, um die Besucherinnen und Besucher auf einen eindeutigen Weg durch die Räume der Ausstellung zu leiten.

Die Ausstellung ist chronologisch angeordnet. Die 14 Räume umfassen die Zeit zwischen 1928 und 1984, also die Zeit, in der das »Hotel Silber« Polizeidienststelle war, und verteilen sich auf vier Abschnitte:

Abschnitt I:	1928–1933	Die Politische Polizei auf dem Weg von der Demokratie in die Diktatur
Abschnitt II:	1933–1939	Die Politische Polizei und Geheime Staatspolizei als Stütze der Macht
Abschnitt III:	1939–1945	Radikalisierung und neue Aufgaben im Krieg
Abschnitt IV:	1945–1984	Die Stuttgarter Kriminalpolizei in der Nachkriegszeit und frühen Bundesrepublik

Die Inhalte verteilen sich auf drei narrativen Ebenen: In der Mitte jeden Raumes steht eine Tischvitrine. Hier wird das polizeiliche Handeln beleuchtet. Welche Aufgaben hatte die Polizei im »Hotel Silber«? Wer setzte sie wie um? Neben Exponaten befindet sich auf jedem Tisch ein »Biografie-Tool«: In einem Tablet werden Biografien von Polizistinnen und Polizisten wiedergegeben, die in jener Zeit mit den beschriebenen Aufgaben betraut waren. Die Biografien starten nach der Aktivierung des Tablets in dem für diesen Raum relevanten Zeitraum, Besucherinnen und Besucher können sich aber auch über den ganzen Lebenslauf informieren.

Auf zweiter Ebene werden an den Wänden die Folgen des polizeilichen Handelns für einzelne Personen, Gruppen, Vereine oder Parteien thematisiert. Dabei wird mit sehr unterschiedlichen Präsentationsformen gearbeitet. Mal werden Originale in Vitrinen ausgestellt, mal sind Reproduktionen mit einem besonderen Druckverfahren direkt auf dem Putz aufgebracht, mal können Besucherinnen und Besucher über eine Karte auf dem Tisch Informationen zu bestimmten Orten aufrufen, die dann auf einem hinter einer Gaze »versteckten« Screen sichtbar werden.

Als dritte narrative Ebene dient ein »Institutionenstrahl«, ein durch die ganze Ausstellung an der Wand zum Flur verlaufendes Band. Hier wird die innerhalb der Chronologie gerade das »Hotel Silber« nutzende Polizei in ihrer organisatorischen Verfasstheit vorgestellt: Wie sieht ihre räumliche, sachliche und fachliche Zuständigkeit aus, wem ist sie verantwortlich, wer sind die Leiter?

Im Abschnitt I steht das Agieren der Politischen Polizei während der letzten Jahre der Weimarer Republik und die Frage im Mittelpunkt, wie verlässlich dieser »Verfassungsschutz« selbst auf dem Boden der Verfassung stand, wie widerstandslos der Apparat und zwei Drittel des Personals in die schnell etablierende Diktatur integrieren ließen und wie erheblich ihr Beitrag zur Sicherung der Macht im Jahr 1933 war.

Abschnitt II thematisiert das Vorgehen der Politischen Polizei gegen die politischen Gegner im Untergrund vor allem mit Hilfe von V-Leuten in den Jahren zwischen 1935 und 1937 sowie die Verfolgung von Minderheiten.

Im Abschnitt III zur Gestapo im Krieg werden unter anderem Aspekte des sogenannten auswärtigen Einsatzes einer großen Zahl von Gestapo-Beschäftigten aus dem »Hotel Silber« im besetzten Europa, die Überwachung und Verfolgung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und die Deportation der jüdischen Bevölkerung beleuchtet. Wenn die Ausstellung sich auch sonst ganz auf die Polizei konzentriert, die im »Hotel Silber« saß, so wird im Abschnitt III dieses Konzept in einem Raum durchbrochen. Die Ausstellung liefe sonst Gefahr, ungewollt der nach 1945 entstandenen Legende das Wort zu reden, die Gestapo sei umgangssprachlich »für die Verbrechen zuständig« gewesen und die anderen Polizeien hätten Aufgaben erfüllt, die jedes Staatswesen brauche und nicht in einem Verbrechenszusammenhang zu stellen seien. Daher geht es in einem

Raum um die Stuttgarter Kriminalpolizei und exemplarisch um ihre führende Rolle bei der Kriminalisierung und Deportation der Sinti und Roma sowie ihre Zuständigkeit bei der Verfolgung von homosexuellen Männern.

Der Abschnitt III endet mit den letzten Morden der Gestapo, die sie im »Hotel Silber« und auf der Flucht vor den Alliierten wenige Tage vor dem Ende der Kämpfe beging. Der anschließende Abschnitt IV folgt nun zwei miteinander verbundenen Narrativen. Zum einen steht die Stuttgarter Kriminalpolizei nach 1945 im Mittelpunkt: Wer arbeitete für sie? Welche Kontinuitäten gab es hinsichtlich der Verfolgung, Diskriminierung und Kriminalisierung bestimmter Gruppen? Zum anderen werden die Lebensläufe der ehemaligen Gestapo-Beschäftigten weiter beleuchtet. Im Zentrum stehen hier Internierung, Spruchkammerverfahren, strafrechtliche Verfolgung und die einzelnen Fälle, in denen ehemaliges Gestapo-Personal in das »Hotel Silber« zurückkehren – nun als Beamte der städtischen Kriminalpolizei. Die Ausstellungstexte sind allein in deutscher Sprache geschrieben. Besucherinnen und Besucher haben die Möglichkeit, sich an der Kasse einen Reader mit englischen oder französischen Übersetzungen der Texte auszuliehen. Zudem kann ein mehrsprachiger Audioguide ausgeliehen werden.¹⁸

Abgestimmter Medieneinsatz – die Entscheidung für einen Audioguide

Über Aufgabe und Sinn eines elektronischen Begleiters als non-personale Unterstützung des Museumsbesuchs haben wir in der Konzeptionsphase der Ausstellung teamintern länger nachgedacht, Forschungsergebnisse konsultiert sowie best practises studiert. Für eine »große Lösung«, einen interaktiven Multimediaguide, sprachen gute Gründe: Erstens war und ist es uns wichtig, dass Museumsbesuchende auf das Gesehene reagieren, dass sie mit uns oder anderen Besuchenden interagieren können (unsere Vorstellung darüber, wie groß das Bedürfnis diesbezüglich bei Besuchenden ist, wurde in einem Punkt sogar noch übertroffen: seit Eröffnung bekommen wir immer wieder Rückmeldungen von Menschen mit unmittelbaren familiären Bezügen zum »Hotel Silber«; sei es, dass von Inhaftierung oder Verhören von Familienmitgliedern berichtet wird oder sei es, dass Nachfahren von Gestapo-Beamten das Bedürfnis haben, die Ausstellung zu besuchen und sich uns mitzuteilen). Ein interaktiver Multimediaguide hätte diese Funktion, eigene Geschichte mitzuteilen und inhaltliche Fragen an das Team zu stellen, zumindest für einen (jüngeren) Teil der Gäste übernehmen können.

Ein zweites kommt hinzu: Das »Hotel Silber« war als Polizeidienststelle während der Weimarer Republik und vor allem in der NS-Diktatur sowohl innerhalb der Stadt Stuttgart mit anderen Behörden verbunden, als auch landesweit vernetzt. Als Politische Polizei respektive Staatspolizeileitstelle koordinierte die Stuttgarter Zentrale Überwachung und Verfolgung in ganz Württemberg und Hohenzollern: Die Gestapo-Zentrale unterhielt Außenstellen im Land oder ließ Menschen in Haftstätten einweisen, die mitunter viele Kilometer weit von Stuttgart entfernt waren; die Verbindungen zum KZ Oberer Kuhberg oder zum Polizeigefängnis/KZ Welzheim beispielsweise waren eng und kausal. In der Ausstellung werden solche Verbindungslinien sichtbar gemacht – insbesondere durch Karten oder Exponate – sie hätten mit digitalen Sichtachsen, über Augmented Reality, aber noch anschaulicher und gewinnbringender vermittelt werden können. Ein besonders gelungenes Beispiel dafür liefert die App der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Dort ist es via Tablet zum Beispiel möglich, das weitgehend unbebaute Gelände anhand von Plänen und historische Fotos zu erkunden.¹⁹



Es sprachen in unserem konkreten Fall aber auch einige gewichtige Gründe gegen eine solche »große Lösung« und für eine bewusste Reduktion eines portablen Medienangebots: Erstens kommen in den meisten der Ausstellungsräumen des »Hotel Silber« bereits Medien stationär zum Einsatz: Tablets mit vertiefenden biografischen Informationen in den Tischvitrinen, mit elektronischen Elementen versehene Karten (von Württemberg/Hohenzollern und Europa) oder Slideshows, die zum Teil interaktiv gesteuert werden können. Eine zusätzliche portable, elektronische Informationsquelle hätte hier leicht zu einem Overkill führen können. Zweitens, und damit verbunden, ist die Frage nach der Bedeutung analoger Exponate, die in der Ausstellung idealerweise möglichst im Original gezeigt werden. Dementsprechend sollen sie, so unser Anliegen, nach dem Ausstellungsbesuch von Besucherinnen und Besuchern auch im Detail noch erinnert werden. Ein Museumsbesuch vor Ort soll unersetzbar sein, zumal es sich um eine Ausstellung am historischen Ort handelt, deren erstes und größtes Exponat das Gebäude selbst ist.

Nach einer Untersuchung des Tübinger Leibniz-Instituts für Wissensmedien, die eben dies mit Probanden einer Experimental-Kunstaussstellung ausgewertet hat, wurden visuelle Details am besten erinnert, wenn Informationen zum Exponat auditiv aufgenommen worden sind (nicht via Tablet oder herkömmlichen Texttafeln).²⁰ Zudem führte dies »zur längsten Verweildauer in der Experimental-Ausstellung«. Der Grund dafür ist denkbar einfach: Weil die Aufmerksamkeit zwischen dem Kunstwerk und dem Bildschirm nicht geteilt werden musste (»Split-Attention-Effekte«), konnte »der Blick bei der auditiver Informationsvermittlung die ganze Zeit auf einem Kunstwerk verweilen«. Drittens, und nun ganz auf das »Hotel Silber« bezogen, war und ist in der Dauerausstellung der auditive Wahrnehmungskanal noch weitgehend unbelegt, während Augen

Blick in den ersten Raum der Dauerausstellung

und Gehirn mit Lesen und Betrachten schon sehr beschäftigt sind. Insofern erschien es uns in diesem Fall sinnvoll, einen elektronischen Guide bewusst zu reduzieren. Hier aber – im auditiven Bereich – sollte er eine gewisse Tiefe haben, also mehrerer Hörebene umfassen. Umgesetzt wurden deshalb Tracks, in denen Erzählung (unser Text), Originaltöne (Zeitzeugen, Experten) und dosiert und interpretativ eingesetzte Geräusche miteinander verbunden und aufeinander bezogen sind.

Um ein möglichst breites Spektrum der unterschiedlichen thematischen Facetten der Ausstellung sinnvoll zusammenzuführen, gibt es zwei Kategorien von Hörbeiträgen. Zum einen jeweils einen zu jedem Ausstellungskapitel (1928–1933; 1933–1939; 1939–1945, Nachkriegszeit und frühe Bundesrepublik). Der Sprecher übernimmt dort die Rolle eines Moderators. Diese Beiträge werden mit einem O-Ton-Marker eingeleitet, der den Hörenden vermittelt, in welcher Zeit sie sich befinden. Um die Moderationstracks herum gruppiert sind Points of Interest, ausgewählte Objekte. Während der Moderation auch auf das Raumbild eingeht und auf weitere Ausstellungsräume des Kapitels verweist, sind die Objekttracks ganz auf ein Exponat bezogen. Während des Hörens wird auf dem Display ganz bewusst nur eine Information aktiv vermittelt, nämlich die Dauer des Beitrags respektive die noch verbleibende Hörzeit. Auf diese Weise soll die Zuversicht der Hörenden auf Bewältigung des Beitrags gestärkt werden. Jeder Audiobeitrag kann für sich selbst gehört werden. Die insgesamt 15 Tracks sind aber auch so angelegt, dass sie – nacheinander gehört – eine Hörführung von einer Stunde ergeben – wahlweise in deutscher, englischer oder französischer Sprache. Die Führung beginnt im Foyer des Erdgeschosses und endet im letzten Ausstellungsraum mit einem aktivierenden, zur Reflexion anregenden Impuls.

Friedemann Rincke ist seit 2011 als wissenschaftlicher Mitarbeiter mit dem Projekt »Hotel Silber« befasst und Kurator der Ausstellung.

Dr. Imanuel Baumann ist seit 2017 als wissenschaftlicher Mitarbeiter verantwortlich für die Vermittlungsarbeit im »Hotel Silber«.

1 www.geschichtsort-hotel-silber.de

2 Stuttgarter Nachrichten, 2. Dezember 2018.

3 Die Gedenktafel hängt heute noch dort, nun kontextualisiert und musealisiert. Vgl. das Foto aus der Ausstellung.

4 Die Studie von Friedrich Wilhelm zur württembergischen Polizei im NS-Staat ist hier, wenn auch als ältere und in Teilen zu unkritische Ausnahme zu nennen: Friedrich Wilhelm: Die württembergische Polizei im Dritten Reich. Stuttgart 1989. Außerdem Jürgen Schuhladen-Krämer: Die Exekutoren des Terrors. Hermann Mattheiß, Walther Stahlecker, Friedrich Mußgay, Leiter der Geheimen Staatspolizeileitstelle, in: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, hrsg. von Michael Kißener/Joachim Scholtyseck. Konstanz 1997. 2012 erschien Ingrid Bauz/Sigrid Brüggemann/Roland Maier (Hrsg.): Die Geheime Staatspolizei in Württemberg und Hohenzollern. Stuttgart 2012.

5 Diese Lücke wurde mittlerweile durch die Arbeit des Polizeihistorischen Vereins Stuttgart wenigstens zum Teil geschlossen, der auch eine Ausstellung erarbeitet hat.

Siehe www.polizeimuseum-stuttgart.de, abgerufen am 17. 5. 2019.

6 Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 151/03 Bü 257 und E 151/03 Bü 846.

7 Staatsarchiv Bremen, 4_65 Württembergische Polizeiberichte 1922–1933. Die Berichte gingen an württembergische Landesbehörden, an den Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung bzw. die Nachrichtensammelstelle im Reichsministerium des Innern sowie an Behörden ausgewählter anderer Länder. In Bremen sind die württembergischen Berichte überliefert.

- 8 In Württemberg wurde das Württembergische Politische Landespolizeiamt erst im Zuge der Verreichlichung zum 1. Oktober 1936 in Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Stuttgart umbenannt. Vgl. dazu BAArch, R58/241.
- 9 Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 151/01 Bü 1872 und E 151/01 Bü 1878.
- 10 Die Vervielfachung des Personals stieß bei den Haushaltsplanern in Württemberg und in Berlin (das Reich bezuschusste die Kosten der Polizei) auf Widerstand. Es dauerte bis 1935, bis der Haushaltsplan der Politischen Polizei für das Jahr 1933 abgesegnet war. Es war Hermann Mattheiß, seit April 1933 Leiter der Politischen Polizei, der sich über alle Einsprüche hinwegsetzte und die neuen Beamten und Angestellten einfach »in Tätigkeit setzte«. Vgl. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 151/03 Bü 260.
- 11 Im Februar 1933 arbeiteten 63 Männer und Frauen für die Politische Polizei des Stuttgarter Polizeipräsidiums. Im Herbst waren es 200.
- 12 Friedemann Rincke: Die Organisationen »Elsa« und »Sonderverbindung«. Der nationalsozialistische Untergrund in Württemberg 1945/1946, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, 74. Jahrgang, 2015, S. 297–329.
- 13 Bestand EL 51/1 I im Staatsarchiv Ludwigsburg.
- 14 Unter Führungspersonal wurden die Leitung, Inspektionsleiter, Dienststellenleiter, Leiter der Außendienststellen sowie die jeweiligen Stellvertreter gerechnet.
- 15 Die Stuttgarter Kriminalpolizei erreichte Ende 1948 ihre Sollstärke von knapp 300 Beamten und Angestellten. Das Führungspersonal machte etwa 13 bis 15 Prozent der Gesamtbelegschaft aus.
- 16 Insgesamt arbeiteten zwischen 1948 und 1970 14 ehemalige Gestapo-Beamte für die Stuttgarter Kriminalpolizei.
- 17 Das retuschiert Foto wurde später immer wieder veröffentlicht, ohne dass die Manipulation auffiel. Auch wir haben das Foto, bevor wir auf das Original stießen, auf der 2012 geschalteten Website »Virtueller Geschichtsort Hotel Silber« (<http://virtuell.geschichtsort-hotel-silber.de>) veröffentlicht.
- 18 Bis zu diesem Abschnitt wird der Text von Friedemann Rincke verantwortet. Der folgende Abschnitt wurde federführend von Immanuel Baumann verfasst.
- 19 www.belsen-project.specs-lab.com
- 20 www.leibniz-gemeinschaft.de/fileadmin/user_upload/downloads/SAW/Abschlie%C3%9Fende_Sachberichte/Sachbericht_komplett_SAW-2011-IWM-6_DE.pdf. Vgl. insb. S. 3, dort auch das folgende Zitat.

»Ein Bild des Grauens und Schreckens«. Eine andere Geschichte des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg

Florian Dierl | Hanne LeBau

Alles war vorbereitet: Die Schaufenster und Straßen geschmückt, die ersten Besucher in der Stadt, einige der Teilnehmer hatten schon ihr Zeltlager bezogen. Das Programm war bis ins Detail ausgearbeitet. Der »Reichsparteitag des Friedens« versprach, erneut hunderttausende Menschen nach Nürnberg – in die »Stadt der Reichsparteitage« – zu führen. Ab dem 2. September 1939 sollten von hier aus wieder eine Woche lang Bilder von Deutschen in die Welt gesandt werden, die dem »Führer« bei den aufwendigen Aufmärschen und Paraden zujubelten: Bilder, die wie in den vorhergehenden Jahren gezeigt hätten, wie das nationalsozialistische Regime im In- und Ausland gesehen und in der Zukunft erinnert werden wollte.

Doch der Krieg machte die Vorbereitungen zunichte. Wenige Tage vor Beginn der Feierlichkeiten, am 28. August 1939, verkündeten Zeitungen im ganzen Reich die Absage der Veranstaltung. Vier Tage später überfiel das Deutsche Reich Polen. Der Zweite Weltkrieg begann. Mit ihm endeten die Reichsparteitage wie auch die Arbeiten an den zumeist nicht fertiggestellten oder gar erst projektierten Repräsentationsbauten. Doch der Krieg gegen Polen eröffnete im September 1939 eine andere, weitgehend unbekannte Geschichte des Reichsparteitagsgeländes: Nur wenige Tage nach Kriegsbeginn erreichten Transporte mit internierten Zivilisten und Kriegsgefangenen die noch nicht wieder abgebauten Zeltlager, die für die Teilnehmer des Parteitages errichtet worden waren. Rund 10 000 Personen kamen noch im September 1939. Bis Jahresende hatte die Wehrmacht dann knapp 25 000 Menschen aus Polen nach Nürnberg gebracht und in Gefangenenerlagern inhaftiert, die im Süden des Aufmarschareals der Parteitage angelegt wurden. Im weiteren Verlaufe des Krieges entstand hier ein umfangreicher Lagerkomplex für Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter. Mehr als 150 000 Menschen aus Süd-, Ost-, Westeuropa und den USA wurden während des Zweiten Weltkrieges dorthin verschleppt. Die meisten von ihnen mussten in Nürnberg und der Region »in den Arbeitseinsatz«. Mehrere tausend Menschen starben an den menschenunwürdigen Bedingungen. Ein Teil wurde gezielt ermordet.

»Das Reichsparteitagsgelände im Krieg«.

Internationales Forschungs- und Ausstellungsprojekt

Diese andere Geschichte des Reichsparteitagsgeländes hat das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in den letzten zwei Jahren in einem internationalen Projekt zusammen mit acht externen Historikern und Rechercheuren erforscht – gefördert von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft und in Kooperation mit dem Centralne Muzeum Jeńców Wojennych.¹

Trotz der späten Aufarbeitung ist das dabei zusammengetragene Material überaus reichlich. In mehr als 80 Archiven, Museen und weiteren Institutionen in über 15 Ländern konnten Dokumente, Erinnerungsberichte, Fotos und auch einige Objekte ausfindig gemacht werden. Hinzu kommen zahlreiche Unterlagen aus dem Privatbesitz



von Angehörigen ehemaliger Gefangener, die das Projekt tatkräftig und freigiebig unterstützt haben.

Die Ergebnisse sind nun erstmals in einer temporären Ausstellung im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg zu sehen. Unter dem Titel »Das Reichsparteitagsgelände im Krieg. Gefangenschaft, Massenmord und Zwangsarbeit« rückt die Ausstellung den historischen Ort der Reichsparteitage als einen Ort der Inhaftierung und Ausbeutung, des Leidens und Sterbens in den Blick. Ihr Kernanliegen besteht darin, mit der Geschichte des Reichsparteitagsgeländes im Krieg die etablierte Vorstellung von diesem Ort zu irritieren, die sich im kollektiven Bewusstsein eingeschrieben hat: Es war nicht nur ein herausgehobener Ort der Selbstinszenierung des NS-Regimes. Zwischen 1939 und 1945 war das Reichsparteitagsgelände ein Ort der Verfolgung und der Gewalt: ein Tatort nationalsozialistischer Verbrechen.

Programmatisch für die Entwicklung von Inhalt und Gestaltung war dabei das Motto des »Perspektivwechsels«, das sich auf unterschiedlichen Ebenen durch die Ausstellung zieht. Gleich zu Beginn findet es plastisch Niederschlag in einer topografischen Installation, die den Blick der eintretenden Besucher von den bekannten Aufmarschflächen des weitläufigen Reichsparteitagsgeländes auf das Areal lenkt, auf dem zwischen 1939 und 1945 der Lagerkomplex für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter errichtet wurde.

Eine Reihe von »Bildpaaren« zeigt die Veränderung auf der inhaltlichen Ebene: Bekannten Fotos aus der Zeit der Reichsparteitage wird jeweils ein Foto zur Seite gestellt, das aus einer ähnlichen Perspektive aufgenommen wurde oder eine ähnliche Szenerie darstellt – allerdings nicht mit begeisterten Mitgliedern der Parteiformationen, sondern mit Gefangenen des NS-Regimes.

Blick in Raum 1:
Topografische Installation in der Raummitte und Bildpaare an der Wand lehnd.
Foto: Museen der Stadt Nürnberg, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände (DRPG), Stefan Meyer

Die Idee des Perspektivwechsels greift auch die Gestaltung der Designagentur oblik (Bremen) auf, welche die Aufmerksamkeit der Besucher von der Herrschaftsarchitektur der Ausstellungsräume in der nicht fertiggestellten Kongresshalle hin auf die Ausstellung richtet. Anders als die sonstigen Räume des großen Baus sind die Ausstellungshallen mit Säulenreihen aus Marmor versehen, die einen Eindruck von der vorgesehenen repräsentativen Ausstattung vermitteln. Der Anmutung des Monumentalen, Ewigen, Symmetrischen, Vertikalen und Prunkvollen wird mit einer Gestaltung begegnet, die ihren fragilen und temporären Charakter betont und sich durch Asymmetrien und den Fokus auf die Horizontale auszeichnet. Die Ausstellung ist in einer hellen Ausleuchtung und kräftigen Farben gehalten, die bewusst keine historischen Assoziationen aufrufen sollen. Sie zieht den Blick des Betrachters nach unten und fordert den Perspektivwechsel so auch im Wortsinn ein: Die Konzentration des Besuchers wird auf die neuen Inhalte gelenkt und soll ihn über stark variierende Schriftgrößen und Neigungsflächen dazu inspirieren, immer wieder über sein Verhältnis von Nähe und Distanz und seine »Haltung« zu den präsentierten Inhalten nachzudenken.

Schließlich drückt sich der Perspektivwechsel auch in einer Hinwendung zu persönlichen Geschichten und Einzelschicksalen aus, die bislang in der Ausstellungs- und Vermittlungsarbeit des Dokumentationszentrums nur eine geringe Rolle spielen. Die Reichsparteitage sind als ein Ereignis von (formierten) Menschenmassen ins Bild gesetzt worden und dieser Fokus hat sich – nicht zuletzt durch das wirkmächtige Fortleben der offiziellen Bild- und Fotoaufnahmen – bis heute erhalten. Es ist die Rede vom »Ort der Massen«, mit Referenz auf Sigfried Krakauer vom »Ornament der Masse« oder auch von den »anonymen Menschenmengen«.² Auch – oder vielleicht gerade – an diesem Ort individuelle Zugänge zu ermöglichen, scheint so wichtig wie herausfordernd. Die Wechselausstellung rückt persönliche Dokumente und Geschichten ins Zentrum, um die Sicht der Gefangenen nachvollziehbar zu machen und das Reichsparteitagsgelände mit einzelnen Menschen in Verbindung zu bringen. Sieben »biografische Bänke« laden zur Auseinandersetzung mit dem Leben von Gefangenen ein, die bewusst nicht als Vertreter einer Opfergruppe interessieren, sondern als individuelle Persönlichkeit.

Gefangenschaft, Massenmord und Zwangsarbeit. Dimensionen von Gewalt auf dem Reichsparteitagsgelände während des Krieges

Die Ausstellung verbleibt nicht bei der Feststellung, dass sich die rassistische Kriegsführung des Nationalsozialismus auch auf dem Reichsparteitagsgelände niederschlug. Vielmehr zeigt sie verschiedene Formen von Gewalt und Verbrechen auf und macht die Unterschiede in der Behandlung und in den Erfahrungen der Gefangenen deutlich. Hierauf verweist auch der Untertitel der Ausstellung, der zentrale Dimensionen der Geschichte des Reichsparteitagsgeländes im Krieg anspricht: Gefangenschaft, Massenmord und Zwangsarbeit.

Die Entstehung des Lagerkomplexes auf dem Reichsparteitagsgelände hing eng damit zusammen, dass bei Kriegsbeginn nur unzureichende Vorbereitungen für die Unterbringung der nun gemachten Kriegsgefangenen getroffen worden waren. Über eine halbe Million polnische Soldaten und Zivilisten nahm die Wehrmacht im September 1939 innerhalb weniger Tage fest; weit mehr als die errichteten Kriegsgefangenenlager fassen konnten. Kurzerhand wurden zusätzliche Gefangenenlager geschaffen,



Beispiel für ein »Bild-paar«: Parteitagsteilnehmer marschieren am »Horst-Wessel-Platz« vorbei, dem Mittelpunkt des Zeltlagers der SA auf dem südlichen Reichsparteitagsgelände, 1936

Sechs Jahre später passieren sowjetische Kriegsgefangene die gleiche Kreuzung auf dem Weg zum »Russenzeltlager«, 1942.
Beide Fotos:
Museen der Stadt Nürnberg, DRPG



Blick in Raum 2: Gelbe »Vitrinenstelen« mit originalen Leitobjekten stechen farblich und als höchste Elemente im Raum hervor.

Sie markieren den Beginn eines Ausstellungsgebietes. Jeder der fünf Bereiche nimmt eine wichtige Entwicklung in den Blick, die zu einem bestimmten Zeitpunkt auf dem Reichsparteitagsgelände einsetzt.
Foto: Museen der Stadt Nürnberg, DRPG, Stefan Meyer

wofür das Reichsparteitagsgelände in doppelter Weise bedeutend war: Die Zelte und das Mobiliar der Reichsparteitage wurden zur Ausstattung zahlreicher Kriegsgefangenenlager herangezogen und trugen maßgeblich dazu bei, reichsweit die Unterbringung der ersten Gefangenen aus Polen zu sichern. Zudem wurde auch das Reichsparteitagsgelände selbst Standort für eines der zusätzlich eingerichteten Lager. Ausschlaggebend hierfür war die bereits vorhandene Infrastruktur der Zeltlager der Reichsparteitagsteilnehmer: Die Wehrmacht fand ausgebaute Verkehrswege mit nahegelegener Bahnstation (Bahnhof Märzfeld) vor sowie Verwaltungs- und Wachunterkünfte, zwei Dutzend hölzerner Funktionsbaracken, ein Lazarett sowie rund 350 Wasch- und Abortanlagen. Die ersten Transporte mit polnischen Gefangenen erreichten bereits Mitte September 1939 das Stalag XIII A Nürnberg-Langwasser – das erste Kriegsgefangenen-Stamm-lager im Wehrkreis XIII, der sich über ein Areal erstreckt, das heute Nordbayern sowie Teile Tschechiens und Baden-Württembergs umfasst. Wie andernorts halfen Gefangene in den nächsten Wochen und Monaten bei der Errichtung der Wachtürme, Zäune und Baracken mit. Die meisten von ihnen wurden jedoch nach kurzem Aufenthalt in sogenannte Arbeitskommandos nach Nürnberg und in die Umgebung geschickt. Da »Langwasser« bis Sommer 1940 das einzige Kriegsgefangenenlager im Wehrkreis XIII war, verteilte die Lagerverwaltung die Gefangenen über ein Gebiet in der Größe der Slowakei.

Bis zur Befreiung im April 1945 kamen in rascher Abfolge neue Gefangenengruppen auf das Reichsparteitagsgelände: Auf die polnischen Gefangenen folgten im Frühjahr 1940 Soldaten aus Westeuropa, 1941 aus Jugoslawien und der Sowjetunion, 1943 aus dem nunmehr verfeindeten Italien und schließlich bei Kriegsende aus Großbritannien und den USA. Sie verbrachten Monate bis Jahre ihres Lebens in Gefangenschaft und



Unfreiheit – eine Erfahrung, die sie gemein hatten. Sie lebten vielfach in umzäunten Lagern, hatten keine freie Wahl der Arbeits- und Wohnstätte und wurden bei der Arbeit wie in der Freizeit meist bewacht und stark reglementiert. Allerdings gestaltete sich die Gefangenschaft nicht für alle Soldaten gleich. Internationale Abkommen regelten, wie mit gegnerischen Soldaten umzugehen sei. In vielen Fällen hielt sich die Wehrmacht an diese Regeln – vor allem bei Kriegsgefangenen aus Westeuropa, obgleich es immer wieder zu Verstößen kam. Auch französische Soldaten wurden etwa zu kriegsverlängernden Arbeiten in der Rüstungsindustrie oder bei der gefährlichen Bombenentschärfung eingesetzt.

Es gab aber auch Opfergruppen, bei denen diese Regeln systematisch verletzt wurden und die Gefangenen elendig zugrunde gingen oder gezielt ermordet wurden. Diese Dimension der Vernichtung traf in besonderem Maße die sowjetischen Kriegsgefangenen, von denen im Verlauf des Krieges insgesamt etwa 60 Prozent ums Leben kamen. Auch im Kriegsgefangenenlager auf dem Reichsparteitagsgelände in Nürnberg-Langwasser wurden sie vernachlässigt und misshandelt. Mehrere Tausend starben an Hunger, Kälte, mangelnder medizinischer Versorgung und der harten Arbeit. Ein Teil fiel dem systematischen Mordprogramm zum Opfer, das Gestapo und Wehrmacht 1941/42 an den sowjetischen Kriegsgefangenen durchführten – die sogenannte »Aussonderung« vermeintlich gefährlicher Personen fand auch auf dem Reichsparteitagsgelände statt.

Das brutale Vorgehen gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen bezeugen Berichte von Gefangenen anderer Nationalität, die ebenso wie die deutschen Wachsoldaten rasch realisierten, dass mit den Gefangenen aus der Sowjetunion etwas Neues vor Ort begann. »Im Russenlager fallen wieder Schüsse«, notierte etwa ein französischer Gefangener am 1. September 1941, wenige Wochen nach der Ankunft der ersten rund

Baracken, Stacheldraht und Kriegsgefangene. Das Stalag XIII A auf dem Reichsparteitagsgelände, Winter 1939/40. Foto: Stadtarchiv Erlangen

Aufnahme im Fotoalbum des deutschen Wachsoldaten Otto Madl mit der sprechenden Bildunterschrift »Russen beim Grasfressen«, Nürnberg-Langwasser 1941
Foto: Familie Blumtritt



6 000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die auch im strengen Winter 1941/42 in einem provisorischen Zeltlager leben mussten. Hier herrschten katastrophale Bedingungen. »Schon lange wollte ich Euch einen kleinen Ausschnitt von dem Leben in Langwasser schreiben«, eröffnete im Dezember 1941 der deutsche Wachsoldat Otto Madl einen seiner zahlreichen Briefe an seine Ehefrau und Schwägerin. »Wie es hier zugeht, ist ein Bild des Grauens und Schreckens und kann es Euch im Brief nicht so schildern. Die gefangenen Russen fallen nur [so] um, dann sind sie tot. Die werden ganz nackt auf einen Wagen geworfen und abends werden sie eingegraben. Einige Fälle sind vorgekommen, daß sie einige auffraßen (Menschenfresserei 1941).« In mancher Woche starben mehr als 60 sowjetische Kriegsgefangene im »Russenzeltlager« auf dem Reichsparteitagsgelände. Insofern muss man fast von Glück sprechen, dass es gelungen ist, das Leiden der sowjetischen Soldaten nicht nur durch den Blick von außen und in seinen abstrakten Dimensionen zu dokumentieren, sondern auch persönliche Berichte und private Fotos von Opfern aufzuspüren. Die Dimension der Vernichtungsgewalt auf dem Reichsparteitagsgelände betraf auch eine zweite Opfergruppe: die jüdische Bevölkerung Nordbayerns. Die beiden ersten Deportationszüge mit insgesamt mehr als 2 000 Menschen fuhren im November 1941 und März 1942 vom Bahnhof Märzfeld ab. Die zur Deportation bestimmten Juden wurden zuvor in einem provisorisch hergerichteten Lager auf dem Reichsparteitagsgelände gesammelt.

Neben Gefangenschaft und Massenmord bildet der unfreiwillige »Arbeitseinsatz« tausender ausländischer Arbeitskräfte den dritten Schwerpunkt der Ausstellung. Die meisten Kriegsgefangenen blieben nur kurze Zeit im Hauptlager auf dem Reichsparteitagsgelände und wurden dann in Arbeitskommandos geschickt. Ausgenommen hiervon waren Offiziere, die nicht arbeiten und ihre Gefangenschaft in Offizierslagern verbringen mussten. Auf dem Reichsparteitagsgelände waren zu unterschiedlichen Zeiten tausende Offiziere aus Frankreich, Serbien, den Niederlanden und Italien untergebracht. Ihre durch viel freie Zeit und Gleichförmigkeit geprägte Gefangenschaft unterschied sich markant von den Erfahrungen der einfachen Soldaten, deren Alltag vor allem durch die Arbeit definiert war.

Über das Reichsparteitagsgelände kamen zwischen 1939 und 1945 zehntausende Kriegsgefangene in den »Arbeitseinsatz« in Franken, zeitweilig auch in gesamt Nordbayern. Das Reichsparteitagsgelände war während des Zweiten Weltkrieges aber nicht allein für die Ankunft und die Verteilung von Kriegsgefangenen überregional bedeutsam: Es fungierte 1941/42 auch als Drehscheibe für den Einsatz zehntausender ziviler Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion, die von hier nach ihrer Erstversorgung zur Arbeit auf Orte im nordbayerischen Raum verteilt wurden. Zudem entstanden auf dem Reichsparteitagsgelände selbst diverse Unterkünfte für Kriegsgefangenen-Arbeitskommandos und zivile Zwangsarbeiter. Der Zugriff auf das Gelände war vergleichsweise einfach, da sich die Grundstücke und Gebäude in öffentlicher Trägerschaft befanden. Entsprechend richteten hier Firmen wie MAN, aber auch die Stadt Nürnberg große Lager für Zwangsarbeiter ein. Zusätzlich betrieb die Gestapo auf dem Areal ein Arbeitserziehungslager, in das 1942/43 Zwangsarbeiter aus ganz Franken zur Disziplinierung eingewiesen wurden.

Dieser Geschichte von Gefangenschaft, Massenmord und Zwangsarbeit nähert sich die Ausstellung in fünf Bereichen, die jeweils eine wichtige Entwicklung in den Mittelpunkt rücken. Zusammen betrachtet zeichnen sie ein differenziertes Bild der Gewalt und Verbrechen auf dem Reichsparteitagsgelände im Zweiten Weltkrieg. Die Ausstellung »Das Reichsparteitagsgelände im Krieg. Gefangenschaft, Massenmord und Zwangsarbeit« ist noch bis zum 2. Februar 2020 im Dokumentationszentrum zu sehen.

Eine aktuelle und bedeutsame Geschichte für Gegenwart und Zukunft

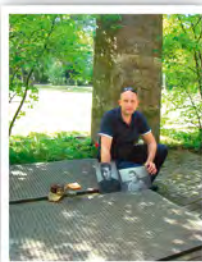
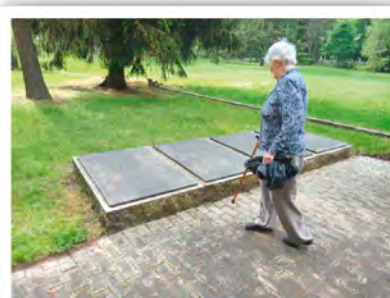
Mit dem Forschungs- und Ausstellungsprojekt ist das Wissen über die Geschichte des historischen Ortes »Reichsparteitagsgelände« entscheidend gewachsen. Die Recherchen haben den Aufbau einer Sammlung von Dokumenten, Fotos, Erinnerungsberichten, Zeichnungen und Gemälden ermöglicht und unsere Einrichtung mit Erinnerungsorten an die Verbrechen des Nationalsozialismus im In- und Ausland vernetzt. Vor allem hat das Projekt das Team des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände mit Angehörigen ehemaliger Gefangener in Kontakt gebracht, die sich auf der Suche nach Informationen über das Schicksal ihrer Familienmitglieder an uns gewandt haben oder von den Rechercheuren ausfindig gemacht wurden. Die Angehörigen gewährten uns Einblick in eine seit langem bestehende Praxis des individuellen Erinnerns am historischen Ort, die bislang jenseits der öffentlichen Wahrnehmung stattfindet. Dies zeigt uns, dass die Geschichte des Reichsparteitagsgeländes bis heute nicht als abgeschlossen verstanden werden kann.

Seit Jahren reisen Angehörige auf den Spuren ihrer Eltern, Groß- und Urgroßeltern nach Nürnberg und versuchen, die Standorte ehemaliger Lager auf dem Reichsparteitagsgelände ausfindig zu machen: Sie suchen den Haupteingang des Kriegsgefangenenlagers, das Lazarett, in dem hunderte sowjetische Kriegsgefangene starben, das Arbeitserziehungslager und den Bahnhof Märzfeld, über den die Transporte abgewickelt wurden; sie besuchen die Grabstätten auf dem Südfriedhof, wo die auf dem Reichsparteitagsgelände und in Nürnberg verstorbenen ausländischen Soldaten und Zivilisten begraben liegen. An den meisten dieser Orte erinnert heute nichts mehr an die Gefangenenlager des Zweiten Weltkrieges, die seit den 1960er-Jahren mit modernen Wohn- und Gewerbevierteln überbaut wurden. Einzig der Bahnhof Märzfeld zeugt als letztes historisches Relikt von dieser anderen Geschichte des Reichsparteitagsgeländes



Die 81-jährige Albina Petrova, Tochter von Michail Smirnov, der bei einem Fluchtversuch in Nürnberg erschossen wurde, mit ihrem Enkel Michail Petrov am Eingang des früheren Kriegsgefangenenlagers, April 2019 (links im Bild Anastasiia Bakhvalova, Übersetzerin, rechts im Bild Hanne LeBau, Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände). Angesichts der kompletten Überformung des Ortes suchte Frau Petrova den Kontakt zur Erde und nahm als Andenken einige Eicheln und Zapfen mit nach Sankt Petersburg.
Foto: Familie Petrov

Angehörige von Wasilij Ismajlow besuchen 2011 seine letzte Ruhestätte auf dem Südfriedhof. Er liegt in einem Massengrab für 500 Kriegsgefangene aus der ehemaligen Sowjetunion. Wasilij Ismajlow war Nachrichteningenieur, verheiratet und zweifacher Familienvater. Er starb 1944 im Lazarett für sowjetische Kriegsgefangene.
Foto: Familie Ismajlow



im Krieg. Umso wichtiger ist es, dass Angehörige fortan einen Ansprechpartner für ihre Fragen und Anliegen vorfinden.

Das Dokumentationszentrum versucht, mit vereinten Kräften in diese neue Rolle hineinzuwachsen und die damit verbundenen Erwartungen zu erfüllen: Ein Ort der Information für Angehörige zu werden und sie bei ihrer Suche nach Auskünften und Bitten um Schicksalsklärung über Länder-, Sprach- und Generationengrenzen hinweg zu unterstützen. Ein Ort der Verständigung und Begegnung mit Angehörigen zu werden, die sich über die bis heute fortdauernden Wunden und Brüche in ihrer Familiengeschichte austauschen möchten, welche Gefangenschaft und Tod verursacht haben. Ein Ort der Erinnerung an jene Menschen zu werden, die während des Zweiten Weltkrieges auf dem Reichsparteitagsgelände litten und starben. Diese Kernarbeit von Gedenkstätten zum Nationalsozialismus ist für das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände eine neue Dimension seiner Arbeit und macht uns hier in Nürnberg zu Lernenden. Wir freuen uns auf Erfahrungsaustausch und Unterstützung. Dass die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus nicht nur erkenntnisfördernd ist, sondern über Ländergrenzen und Kontinente hinweg verbindend wirkt, ist eine gute Motivation für die vor uns liegende Arbeit.

Als konkrete Schritte stehen in den nächsten Monaten die Entwicklung von zwei Wanderausstellungen an, mit denen die Geschichte der Gefangenenlager auf dem Reichsparteitagsgelände Verbreitung finden soll – nicht zuletzt in jenen Ländern, aus denen viele Insassen stammten. Die Wanderausstellungen stehen ab 2020 zu Verfügung. Wir freuen uns über Interesse. Ende des Jahres geht zudem eine mehrsprachige Projektwebsite online, die wichtige Ergebnisse dauerhaft verfügbar macht. Mittelfristig steht das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände vor der Herausforderung, diese »andere« Geschichte in seine neue Dauerausstellung zu integrieren. Die aktuelle Wechselausstellung bildet also einen ersten Schritt eines mehrjährigen Prozesses, an dessen Ende die Erinnerung an das Reichsparteitagsgelände auch das Gedenken an die Menschen aus Europa und den USA einschließt, die hier während des Zweiten Weltkrieges gefangen gehalten wurden.

Dr. Florian Dierl, Historiker, seit 2014 Leiter des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände und Leiter der Abteilung »Erinnerungskultur und Zeitgeschichte« der Museen der Stadt Nürnberg

Hanne LeBau, Historikerin und seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg. Leiterin des internationalen Forschungsprojektes und Kuratorin der Ausstellung »Das Reichsparteitagsgelände im Krieg. Gefangenschaft, Massenmord und Zwangsarbeit«. 2018 wurde sie mit dem Thema »Entnazifizierungsgeschichten. Der Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit in der frühen Nachkriegszeit« promoviert.

- 1 Recherche team: Dr. Sara Berger, Marlene Friedrich, Dr. Ewelina Klimczak, Dr. Renata Kobylarz-Buta, Hanne LeBau, Dr. Reinhard Otto, Dr. Andrea Rudorff, Dr. Janosch Steuwer, Tatiana Székely. Der Kooperationspartner Zentrales Museum der Kriegsgefangenen in Opole/Łambinowice hat eine langjährige Forschungs- und Ausstellungsexpertise zum Thema der Kriegsgefangenschaft in Europa während des 20. Jahrhunderts und verfügt über eine große Bibliotheks- und Objektsammlung (www.cmjw.pl).
- 2 Exemplarisch: Eckart Dietzfelbinger/Gerhard Liedtke: Nürnberg – Ort der Massen. Das Reichsparteitagsgelände – Vorgeschichte und schwieriges Erbe, Berlin 2004.

25 Jahre Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal

Ulrike Schrader

Vor-Geschichte

Mit dem Trend der Gedenkstättengründungen seit Anfang der 1980er-Jahre wurde auch in Wuppertal darüber nachgedacht, was mit dem Grundstück zu geschehen habe, auf dem sich bis zu ihrer Zerstörung die Synagoge des Stadtteils Elberfeld befunden hatte. Sie war in den frühen Morgenstunden zum 10. November 1938 angezündet und geplündert, später abgebrochen worden. Übrig blieb ein Trümmergrundstück, das bis in die 1980er-Jahre als mehr oder weniger ordnungsgemäßer Parkplatz genutzt wurde und als Baugrundstück ausgewiesen war: Ein Parkhaus sollte hier nun entstehen.

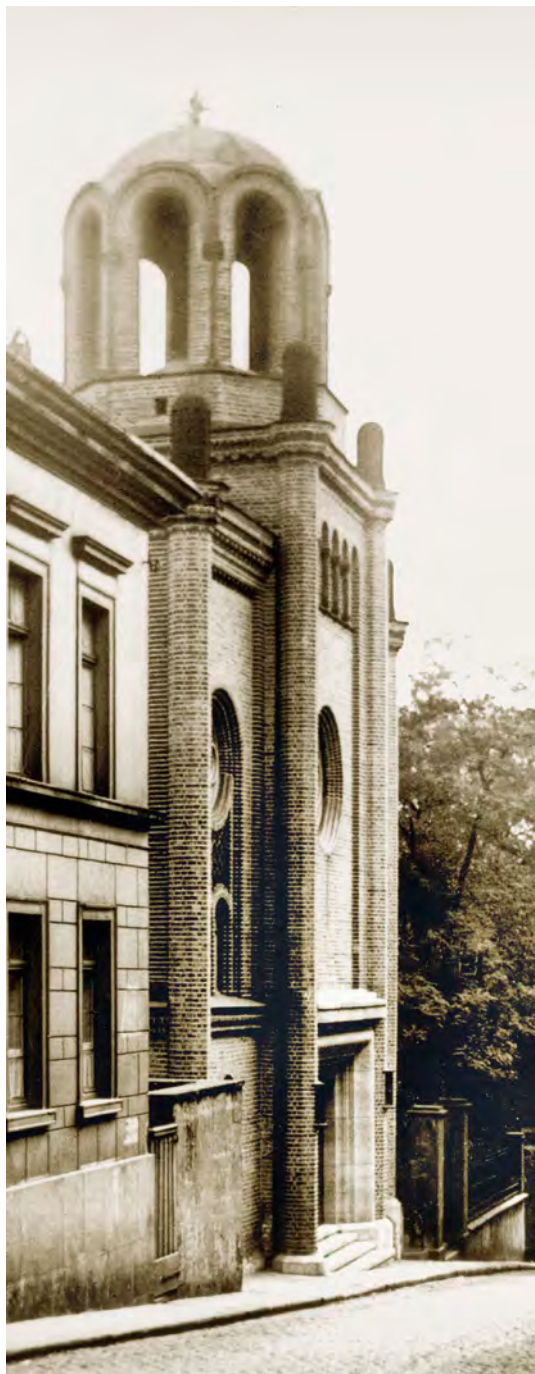
Es war die Verkettung mehrerer gesellschaftlich bedeutender Ereignisse, die dazu führten, dass es dazu nicht kam: Das Medienereignis »Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss« und seine Folgen, nämlich das neu erwachte Interesse für die lokale Geschichte des Nationalsozialismus, der Einzug der neuen Partei der Grünen in den Stadtrat und mit ihm Generationenwechsel und frischer Wind, das Wuppertaler Spezifikum eines »Jubiläums« – nämlich des 50. Jahrestages der Verabschiedung der »Barmer Theologischen Erklärung« 1984 – und in der Folge die überörtlichen Debatten zur Vergangenheitspolitik, die mit den Stichworten »Weizsäcker-Rede«, »Bitburg«, »Historiker-Streit«, »Fassbinder-Kontroverse« und »50. Jahrestag der Novemberpogrome« hier nur angedeutet werden sollen. Zudem hat der Widerständler und Überlebende des frühen Konzentrationslagers in Wuppertal-Kemna Karl Ibach sich seit Ende der 1940er-Jahre für die Erinnerung an das Lager eingesetzt. Sein Buch von 1948 wurde 1981 nachgedruckt¹. Alle diese in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzenden Ereignisse schlugen sich in Wuppertal fruchtbar nieder.

Unter der ausgesprochen umsichtigen Moderation der Oberbürgermeisterin Ursula Kraus (geb. 1930) einigten sich im Dezember 1986 die Vertreter diverser Bürgerinitiativen und die Fraktionen des Stadtrats auf einen Beschluss zur Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Grundstück der früheren Synagoge, ohne indes genaue Vorstellungen davon zu haben, was später dort passieren sollte.

Das Gebäude

Am 15. April 1994 wurde die Begegnungsstätte Alte Synagoge feierlich in Anwesenheit des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, und des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen eröffnet. Erbaut worden war es nach Plänen des Kölner Architektenbüros Peter Busmann und Godfried Haberer in Zusammenarbeit mit dem Künstler Zbyszek Oksiuta und dem Landschaftsarchitekten Volker Püschel.²

Ihr Entwurf sah ein Ensemble strenger, geometrischer Formen vor, die man heute gut erkennen kann: ein Würfel als dominantes Haupthaus im Flächenmaß von rund 100 qm, außen aus rotem Ziegelstein, innen sehr weiß und hell, dann ein Zylinder, von außen mit einer Bleischicht umhüllt, als Verbindungsgelenk zwischen Ober- und Unterschoss, und schließlich ein lang gestrecktes eingeschossiges Sichtbetonhaus für Büro, Archiv und Funktionsräume. Ein Garten bezieht auch das frühere Nachbargrund-



oben: Die Synagoge Elberfeld (1856–1938),
heute Wuppertal.
Foto: Stadtarchiv Wuppertal



oben: Innenraum der Synagoge Elberfeld.
Foto: Stadtarchiv Wuppertal



unten: Das Gemeindefhaus
neben der Synagoge Elberfeld.
Foto: Begegnungsstätte Alte Synagoge

stück mit ein – eine Streuobstwiese mit zehn Apfelbäumen und im hinteren Bereich eine kleine Akazie, die sich in 25 Jahren zu einem Baumriesen mit mächtiger Krone entwickelt hat. An einer rekonstruierten Gasse, von der aus man heute das Haus betritt, zitiert eine schräge, grüne Fassade die Mietshäuser, in denen früher die Nachbarn der Synagoge wohnten.

Das Herzstück des ganzen Ensembles ist die freigelegte Ruine der nördlichen Kellermauer, die von der historischen Adresse »Genügsamkeitstraße« aus gut zu sehen ist. Diese Ruine ist das einzige authentische Relikt der Synagoge. In Nordrhein-Westfalen ist die Begegnungsstätte Alte Synagoge die einzige Gedenkstätte, die sich nicht in einem historischen und umgenutzten Gebäude oder in einem völlig anderen Gebäude befindet, sondern deren Architektur genuin als »Gedenkstätte« entworfen worden ist und damit auch einen künstlerisch-skulpturalen Anspruch besitzt.

Gebäudenutzung und neue Ausstellungskonzeption

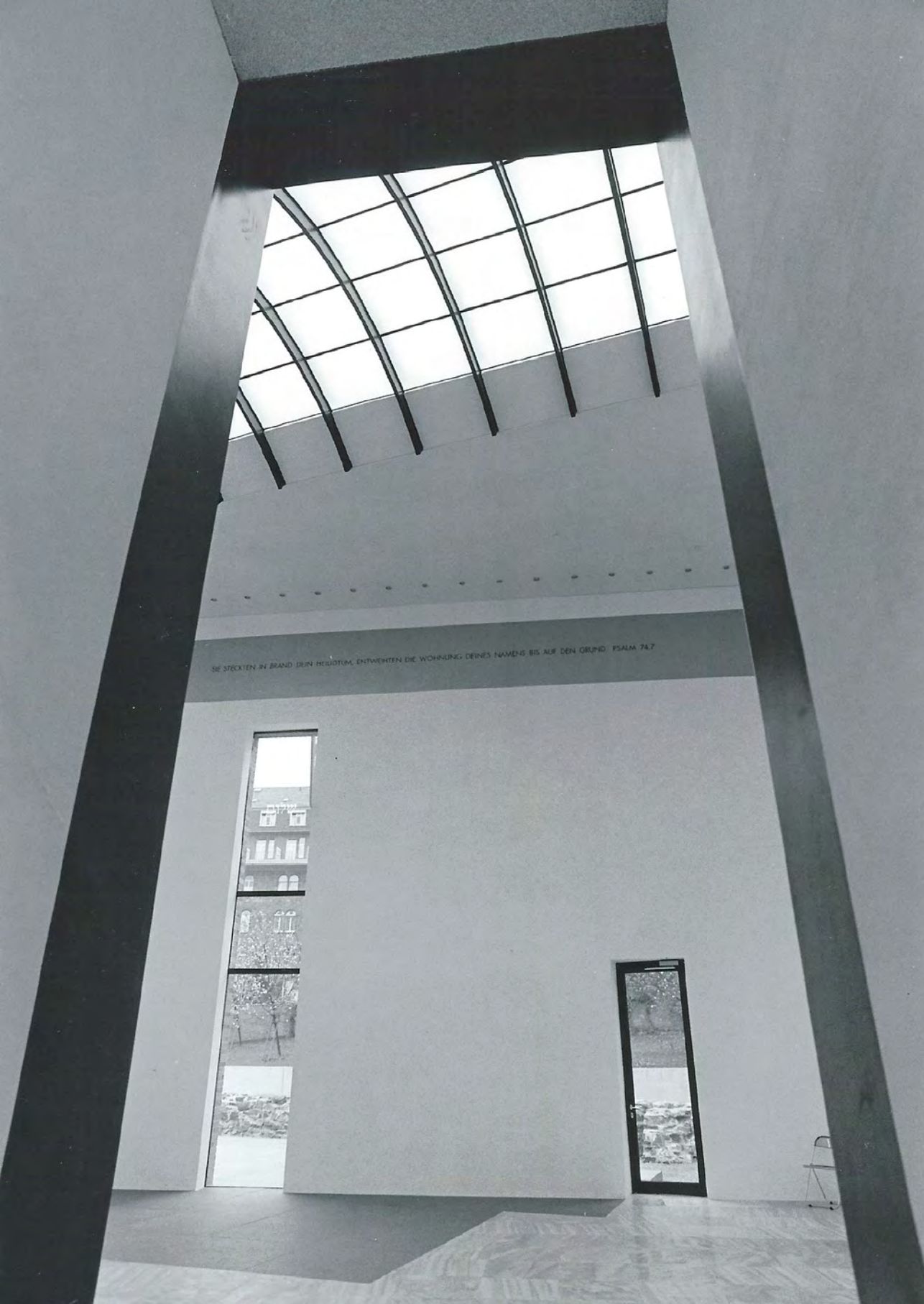
Über die Frage der Nutzung gab es heftige Diskussionen. Die Architekten waren sehr streng, wünschten keine »Dekoration« und lehnten im Grunde jede inhaltliche Ausgestaltung ab. »Gehen, sehen, hören« sollten die künftigen Besucherinnen und Besucher, und der einzige optische Blickfang würde ein Vers aus dem 74. Psalm in hebräischer Schrift mit seiner deutschen Übersetzung sein. Es wundert nicht, dass der schon im Sommer 1993 aus der Baukommission hervorgegangene Trägerverein mit dieser Zweckbestimmung seine Schwierigkeiten hatte. Wie sollte mit solcher Nüchternheit die Vereinssatzung erfüllt werden, »an die jüdische Gemeinde, besonders in der Zeit des Nationalsozialismus, zu erinnern«, wenn man noch nicht einmal eine Wechselausstellung zeigen und auch sonst nichts verändern durfte?³

In der Tat waren die ersten zehn Jahre schwer, nicht nur wegen gravierender Baufehler und -schäden, eines fehlenden Konzepts und des schwachen personellen Engagements. Der Trägerverein schuf zunächst eine ganze Stelle für eine Leitung, die für ein Veranstaltungsprogramm und Öffentlichkeitsarbeit sorgen sollte. Trotz der »Leere des Raums« und zunächst gänzlich ohne Anschauungsmaterial konnte eine pädagogische Arbeit aufgebaut werden. In internationalen Kontakten zu ehemaligen jüdischen Wuppertalerinnen und Wuppertalern wuchs allmählich eine Sammlung an Dokumenten, Fotografien und Objekten. Grundlagenforschung zur nationalsozialistischen Verfolgungsgeschichte in Wuppertal wurde geleistet und besondere Forschungsvorhaben, etwa zum Wuppertaler Polizeipräsidium und zur jüdischen Geschichte der slowakischen Partnerstadt Košice realisiert. Die Bilanz der ersten fünfzehn Jahre konnte sich trotz der extrem prekären personellen und finanziellen Lage durchaus sehen lassen, ließ sich so aber auf Dauer nicht aufrechterhalten.

Deshalb beschloss der Trägerverein 2009, in der Begegnungsstätte Alte Synagoge eine Dauerausstellung einzurichten und das Haus damit auf eine völlig neue konzeptionelle Grundlage zu stellen. In einer gewaltigen Kraftanstrengung und mit höchster Konzentration gelang es, die nötigen Mittel von privaten Sponsoren, von Stiftungen und vom Land Nordrhein-Westfalen einzuwerben, sodass im April 2011 eine Ausstellung zur Geschichte der Juden im Wuppertal und im Bergischen Land eröffnet werden konnte. Das Konzept dieser Ausstellung basiert auf der mehr oder weniger ausdrücklichen Verabredung der nordrhein-westfälischen Gedenkstätten, möglichst scharfe und abgegrenzte thematische und methodische Profile auszubilden, um in diesem bevöl-

rechte Seite: Blick in
die Halle der
Begegnungsstätte
Alte Synagoge, 1995.
Foto: Jörg Lange)

SIE STECKTEN IN BRAND DEIN RESIDUUM, ENTWICKELTEN DIE WOHNUNG DEINES NAMENS BIS AUF DEN GRUND. PSALM 74,7



kerungsreichsten und dicht besiedelten Bundesland eine große Vielfalt an Aspekten unseres gemeinsamen Oberthemas sichtbar zu machen.

Die Ausstellung in Wuppertal beschränkt sich zeitlich gesehen nicht auf die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Verfolgungsgeschichte, sondern nimmt die *longue durée* der jüdischen Geschichte in den Blick, die in der Bergischen Region immerhin 300 Jahre währt, mit Blick auf Mitteleuropa über 1700 Jahre. Aber sie beschränkt sich auf eine bestimmte Gruppe, nämlich die Juden, und erzählt eben keine vollständige Geschichte des Nationalsozialismus. Die nationalsozialistische Verfolgungszeit ist eins von vielen Kapiteln der jüdischen Geschichte, und nicht, wie in den klassischen NS-Gedenkstätten, das einzige. Das hat weniger praktische Gründe, sondern vielmehr fachliche und didaktische: Die Geschichte der Juden im Längsschnitt zu erzählen bedeutet nämlich, gegen das dominante Bild »vom Juden« als ständiges historisches Opfer Einspruch zu erheben. Dem entspricht, dass die Ausstellung bis auf wenige und gut begründete Ausnahmen aus jüdischer Perspektive erzählt wird und nicht in den üblichen »Passivsätzen«, wie sie in der Regel in Schulgeschichtsbüchern und in der Mediensprache zu lesen und zu hören sind. Ein weiterer wichtiger Baustein des Konzepts ist die Darstellung von Alltagsgeschichte(n), die auch deshalb möglich ist, weil praktisch die gesamte Ausstellungssammlung aus Dokumenten und Objekten besteht, die die Gedenkstätte von Überlebenden und Nachfahren jüdischer Wuppertaler Bürger*innen erhalten hat. Selbst die prominenteste Jüdin der Stadt, die Dichterin Else Lasker-Schüler, ist hier nicht so wichtig wie vielmehr deren Mutter Jeanette Kissing, die als Leserin Friedrich Schillers und Bewunderin Napoleons ein bestimmtes jüdisches Milieu der Emanzipationszeit im 19. Jahrhundert repräsentiert, dessen angestrebtes Ziel die Zugehörigkeit zum gehobenen Bildungsbürgertum der wohlhabenden Stadt Elberfeld gewesen ist. Ein ganz wesentliches Element der Ausstellung sind die »Störelemente« einer parallel geführten Spur mit dem Titel »irgendwie jüdisch«, die aus über 20 Beiträgen von Menschen bestehen, die aktuell in Wuppertal und Umgebung leben. Sie alle äußern sich ganz individuell zu ihrer jeweiligen jüdischen (oder »irgendwie jüdischen«) Identität. Dabei heraus kommt ein kaum kommensurables Pixelbild unterschiedlichster Selbstbeschreibungen und eine Konfrontation der Lesenden mit sich selbst.

Mit diesen Kriterien – historischer Längsschnitt, jüdische Perspektive, Alltag und Vielfalt – ist die Ausstellung der Versuch einer »fair tale« im Sinne einer »gerechten Erzählung«. Klischees werden ad absurdum geführt und zementierte Judenbilder destruiert, Komplexität und Widersprüchlichkeit nicht aufgelöst, sondern zum Thema gemacht. Nach nun acht Jahren der Erfahrung und der Diskussionen mit zahlreichen Besucher*innen kann man ganz sicher behaupten, dass der antisemitismuskritische Grundgedanke des Konzepts funktioniert und Wirkung entfaltet.

Aktuelle Situation

Erst seit 2014 ist in der Begegnungsstätte eine weitere Stelle mit einem 2/3-Anteil besetzt, die nur wegen einer vom Land Nordrhein-Westfalen neu aufgelegten Förderstruktur finanziert werden kann, für die eine Dauerausstellung eine der Bedingungen war. Auch vor diesem Hintergrund muss die Idee, das Haus mit einem neuen Konzept zu versehen, als ausgesprochen glücklich bezeichnet werden. Auch wenn die Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal mit ihren nicht einmal zwei vollen Stellen wohl zu den kleinsten in Nordrhein-Westfalen gehört, gilt sie in der großen Bergischen



Die Begegnungsstätte
Alte Synagoge,
Außenansicht, 2010.
Foto: Andrea
Hold-Ferneck



Ausstellungsaufbau,
2010.
Foto: Ulrike Schrader



Besucherin in der
Ausstellung.
Foto: Ulrike Schrader

Überlebende der
NS-Verfolgung aus der
Wuppertaler Diaspora
am Gedenkstein auf
dem jüdischen Fried-
hof, November 2008.
Foto: Ulrike Schrader



Region als zentrale Gedenkstätte, als beliebtes jüdisches Museum und als ausgewiesener Ort der Information und Beratung bei Schulen, Kirchengemeinden und in der Erwachsenenbildung.

Dr. Ulrike Schrader hat nach einer Ausbildung als Buchhändlerin und dem anschließenden Studium der Germanistik, Allgemeine Literaturwissenschaft und Evangelische Theologie, 1994 die Leitung der Wuppertaler Begegnungsstätte »Alte Synagoge« übernommen.

- 1 Nachdruck der 1948 erschienen Publikation: Karl Ibach: Kemna – Wuppertaler Konzentrationslager 1933–1934, Wuppertal 1981.
- 2 Die Kosten in Höhe von rund 5 Mio. DM trugen zu 1/5 die Stadt Wuppertal, zu 4/5 das Land Nordrhein-Westfalen.
- 3 Dem Trägerverein gehören ausschließlich Körperschaften, keine Privatpersonen an. Das sind in alphabetischer Reihenfolge: Armin-T.-Wegner-Gesellschaft e.V., Bergische Universität Wuppertal, Bergischer Geschichtsverein, Abt. Wuppertal e.V., Evangelischer Kirchenkreis Lennep, Evangelischer Kirchenkreis Solingen, Evangelischer Kirchenkreis Wuppertal, Förderverein Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal e.V., Freundeskreis Beer-Sheva e.V., Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden Wuppertal, Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Wuppertal e.V., Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Jüdische Kultusgemeinde Wuppertal, Jugendring Wuppertal e.V., Katholisches Bildungswerk Wuppertal/Solingen/Remscheid, Kirchliche Hochschule Wuppertal, Literaturhaus Wuppertal e.V., Mizwa – Zeit zu handeln e.V., Verein zur Unterstützung der ehemaligen Ghetto- und KZ-Häftlinge in Litauen, Spurensuche. NS-Geschichte in Wuppertal e.V., Städtisches Weiterbildungskolleg – Bergisches Kolleg Wuppertal, Stolpersteine in Wuppertal e.V., Ver.di – Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft, Bez. Wuppertal, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten e.V., Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. Der Trägerverein verantwortet die gesamte inhaltliche Arbeit. Das Gebäude ist Eigentum der Stadt Wuppertal, die auch für die Betriebs- und Instandhaltungskosten aufkommt und einen jährlichen Zuschuss für die Arbeit gibt.

»Voices of the Victims« –

EIN ANDERE PERSPEKTIVE AUF DEN VÖLKERMORD AN DEN SINTI UND ROMA EUROPAS

Karola Fings

»Meine liebe Mutter, ich will euch meinen letzten Wunsch mitteilen, da ich euch nicht mehr sehen werde. Ich wünsche euch eine gute Gesundheit und ein langes Leben. Gute Nacht. Anton Bühler.«¹ Dies ist der Abschiedsbrief, den ein 17-jähriger Sinto kurz vor seiner Erschießung am Morgen des 31. März 1945 an seine Familie schrieb. Anton Reinhardt – im Brief »Bühler« nach seinem Stiefvater – war nach einer Flucht aus einem Lager ergriffen und von einem Standgericht zum Tode verurteilt worden. Am nächsten Morgen musste er in der Nähe von Bad Rippoldsau eine Grube ausheben, anschließend wurde er von einem SS-Hauptsturmführer mit einem Genickschuss getötet.

Dieser Brief ist eine von 60 Schriftquellen, die seit Januar 2019 in dem maßgeblich von der Kulturstiftung des Bundes geförderten Portal »RomArchive. Digitales Archiv der Sinti und Roma« online zugänglich sind.² Das über fünf Jahre aufgebaute Projekt präsentiert Werke von Angehörigen der Minderheit in den Sparten Bildende Kunst, Theater, Film, Fotografie, Tanz und Flamenco, Literatur und Musik. Eine weitere Sektion widmet sich der Geschichte der Bürgerrechtsbewegungen in verschiedenen Ländern. RomArchive zeichnet sich durch eine internationale Perspektive aus, aber vor allem dadurch, dass die meisten Kuratorinnen und Kuratoren selbst Angehörige der Minderheit sind. Auch der Beirat, der im Austausch mit allen Beteiligten in ethischen Richtlinien und Überlegungen zur Sammlungspolitik die Leitplanken für die inhaltliche Ausrichtung setzte, bestand überwiegend aus Vertreterinnen und Vertretern von Selbstorganisationen. Zu den Zielen von RomArchive gehört, die Künste und Kulturen von Sinti und Roma sichtbar zu machen, ihre Qualität und Heterogenität herauszustellen und den mehrheitsgesellschaftlichen Blick auf die Minderheit zu dekolonisieren.

Isabel Raabe und Franziska Sauerbrey, die RomArchive initiiert und den Aufbau des Portals organisiert und begleitet haben, fragten im Herbst 2015 an, ob ich mich als Historikerin, die zahlreiche Studien zur NS-Verfolgung von Sinti und Roma publiziert hat, an dem Projekt beteiligen würde. Ich sagte zu, weil sich damit die Chance bot, eine Konzeption umzusetzen, bei der die Selbstrepräsentation von während des Nationalsozialismus in Europa verfolgten Angehörigen der Minderheit radikal ins Zentrum gerückt wird.

Konzeption von »Voices of the Victims«

Der Konzeption liegen mehrere Überlegungen zugrunde. Immer noch ist die Tatsache, dass Sinti und Roma Opfer eines Völkermordes geworden sind, in der breiten Öffentlichkeit nicht präsent. Einer der Gründe ist, dass kaum Zeugnisse publiziert sind, die Empathie für die Opfer, die Überlebenden und deren Nachkommen zu erzeugen vermögen. Der Holocaust ist nicht nur durch den gleichnamigen, vierteiligen Fernsehfilm aus dem Jahr 1979 einem millionenfachen Publikum ins Bewusstsein gerückt worden. Besonders populär ist bis heute das Tagebuch von Anne Frank (1929–1945), die im Konzentrationslager Bergen-Belsen ermordet wurde. Viele Tausende Selbstzeugnisse

jüdischer Verfolgter aus den Jahren 1933 bis 1945 liegen in Form von Briefen oder Tagebüchern vor, nicht wenige davon sind publiziert. Einen vergleichbaren Quellenkorpus gibt es für die Opfergruppe der Sinti und Roma nicht. Ziel von »Voices of the Victims« ist es daher, dieses Defizit durch eine Sammlung einzelner Schriftzeugnisse von Angehörigen der Minderheit zumindest ansatzweise zu kompensieren.

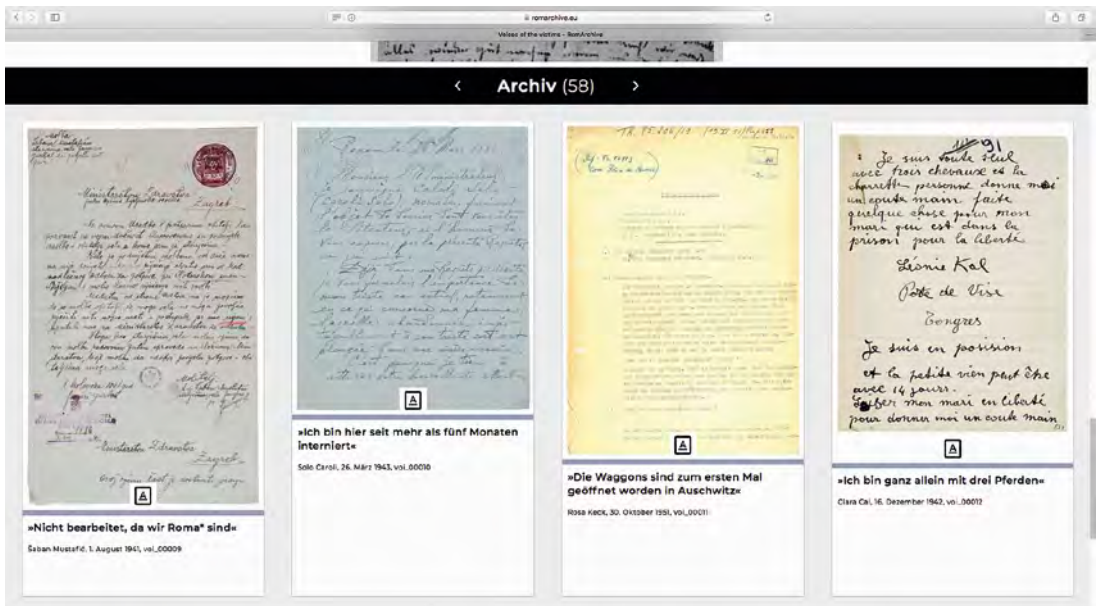
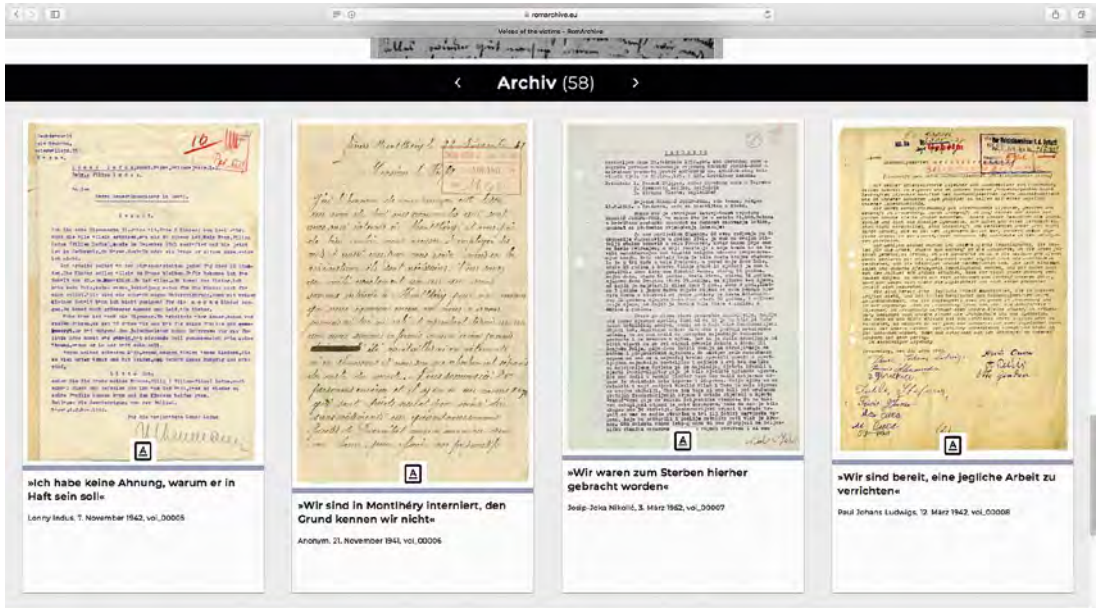
Eine zweite konzeptionelle Grundlage für das Projekt ist, dass Selbstzeugnisse aus der Zeit der Verfolgung eine herausragende Qualität haben, die sie insbesondere als Material für die Bildungsarbeit prädestinieren. Aufgrund der zeitlichen Nähe zur erlebten Verfolgung sind sie in der Regel recht detailreich und anschaulich. Sie reflektieren die alltäglichen Probleme, die durch den Verfolgungsdruck entstanden sind, lassen etwas von den Sorgen und Ängsten der Betroffenen erahnen und ebenso von den Überlebensstrategien, die sie im Angesicht der Vernichtung entwickeln. Auch treten die Individualität der Schreibenden, ihre Lebensumstände und auch Zukunftshoffnungen deutlich hervor. Dadurch unterscheiden sich derartige Zeugnisse fundamental von den Interviews, die mit Sinti und Roma verstärkt seit den 1980er-Jahren geführt wurden, um deren Erinnerung an die NS-Zeit festzuhalten. Viele Details sind naturgemäß im Laufe der Jahrzehnte in Vergessenheit geraten, die Erzählung vielfach durch die Zeit nach 1945 und heutige Konventionen überformt, um nur wenige Aspekte zu nennen, die generell für diese Quellengattung gelten.

Ein drittes Argument ist für »Voices of the Victims« grundlegend: Diese Zeugnisse bilden eine Gegenerzählung zu dem Feindbild der NS-Täterinnen und -Täter. Die Dominanz dieses Feindbildes ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass in der historischen Darstellung der NS-Verfolgung meist auf die in Archiven und Bibliotheken zahlreich vorhandenen und einfach zugänglichen Quellen und Publikationen aus den Reihen derjenigen zurückgegriffen wurde, die im NS-Staat in Polizei und Justiz, Medizin und Rassenforschung oder Verwaltung und Wehrmacht die Stigmatisierung, Isolierung und schließlich Deportation und Ermordung von Sinti und Roma vorangetrieben haben. Der rassistisch aufgeladene, diffamierende und kriminalisierende Blick der Täterquellen wurde und wird oftmals nicht dekonstruiert, sondern weiter tradiert.

Schließlich widmet sich »Voices of the Victims« bewusst der europäischen Dimension, weil in vielen Ländern bis heute das Bewusstsein darüber, dass Sinti und Roma Opfer eines systematischen Völkermordes wurden, noch weniger ausgebildet ist als in der Bundesrepublik. Zudem vermag nur eine europäische Perspektive das Ausmaß der Gewalt- und Tötungsverbrechen, denen Sinti und Roma ausgesetzt waren, zu repräsentieren.

Antiziganismus in Wissenschaft und Bildungsarbeit

Diese Konzeption überzeugte die Initiatorinnen von RomArchive ebenso wie den Beirat und die anderen Kuratorinnen und Kuratoren, so dass 2016, auch dank der zusätzlichen Förderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung, erste Vorarbeiten beginnen konnten. Diese Vorarbeiten wären hier nicht weiter erwähnenswert, wenn in diesem Stadium nicht Probleme aufgetreten wären, die einmal mehr zeigen, wie notwendig ein Diskurs über Antiziganismus in der Wissenschaft und in der Bildungsarbeit ist.³ Es sind eben leider nicht nur die Quellen aus der NS-Zeit, die den Täterblick perpetuieren, sondern auch diejenigen Historikerinnen und Historiker, die sich nicht selbstkritisch mit ihren eigenen Vorannahmen gegenüber der Minderheit auseinandersetzen.



Zwei Bildschirmfotos mit Beispielen der im Archiv vorhandenen Texte von Verfolgten

Um die gewünschte europäische Perspektive repräsentieren zu können, habe ich zahlreiche Kolleginnen und Kollegen angesprochen und gefragt, ob sie in dem Projekt mitarbeiten wollten. Es gab diejenigen, die spontan zusagten und denen sofort aus ihrer bisherigen Arbeit heraus entweder Quellen einfielen oder die eine Idee hatten, wo zu suchen wäre. Und dann gab es ein merkwürdiges Grundrauschen, das sich aus Bedenken und Vorbehalten zusammensetzte, die dann entweder in einer Ablehnung mündeten oder doch zerstreut werden konnten. Dieses Grundrauschen war anfangs schwer zu verorten, weil es nur sporadisch und ganz leise daherkam. Typisch dafür war, dass auf die Frage, ob man sich vorstellen könne, schriftliche Quellen aus der Zeit der Verfolgung, die von Sinti und Roma selbst verfasst worden sind, beizusteuern, die Antwort kam, dass es solche Quellen nicht geben würde. Auf Nachfrage wurde deutlich, dass dahinter entweder die Annahme stand, dass Sinti und Roma nicht hätten schreiben können, also Analphabeten oder Analphabetinnen gewesen seien, oder aber, dass Roma sich nicht gegenüber der Mehrheitsgesellschaft artikuliert hätten.

Diese Vorstellungen beruhen auf »klassischen« antiziganistischen Ressentiments: Sinti und Roma wird pauschal eine niedrige bis überhaupt keine Bildung und damit auch eine allgemein randständige Position zugeschrieben. Auch als historische Subjekte, die eine Artikulationsfähigkeit haben, sich innerhalb der Gesellschaft zu Wort melden und dies können, weil sie die kommunikativen Regeln beherrschen, werden Angehörige der Minderheit meist nicht wahrgenommen. Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich das Gespräch vertiefen konnte, räumten ein, dass sie nach solchen Quellen noch nie zielgerichtet gesucht hatten – die verinnerlichten antiziganistischen Stereotype hatten diese Option nicht erlaubt.

Die Erfahrungen in der ersten Projektphase bestärkten mich darin, das Konzept – die Schriftquellen werden als zentrale Exponate in den Vordergrund gestellt und sorgsam kontextualisiert – nicht aufzuweichen.

Umsetzung

Insgesamt vierzehn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben sich an »Voices of the Victims« beteiligt und Dokumente für Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Deutschland, Estland, Frankreich, Italien, Kroatien, Lettland, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Russland, Schweiz, Serbien, Slowakei, Tschechien, Ukraine und Ungarn zusammengetragen. Sofern es nicht möglich war, Quellen aus der Zeit der Verfolgung zu finden, wurden unmittelbar nach dem Krieg entstandene Zeugnisse – Aussagen vor Kommissionen oder Gerichten, Strafanzeigen gegen Täter – ausgewählt. Ziel war es, insgesamt 60 Quellen zu präsentieren.⁴

Eine der ältesten Quellen datiert auf den 12. Mai 1938 und ist eine detaillierte Beschreibung der rassistischen Hetze sowie der diskriminierenden Maßnahmen, denen Roma im österreichischen Burgenland ausgesetzt sind. Die sieben Unterzeichner wenden sich in ihrer Petition an Adolf Hitler gegen den Entzug ihrer bürgerlichen Rechte.⁵ Zu den jüngsten Quellen zählen umfangreiche Zeugenaussagen, die Roma und Romnia 1952 vor dem Amtsgericht Zagreb über die an der Minderheit im Lager Jasenovac begonnenen Verbrechen im Rahmen eines Verfahrens gegen Andrija Artuković, dem ehemaligen Innenminister des Unabhängigen Staates Kroatien, gemacht haben.⁶

Jede Quelle ist als Scan verfügbar, zudem in der Originalsprache transkribiert und sowohl ins Deutsche, Englische und in Romanes übersetzt worden. Damit sind die

zentralen Barrieren für einen Zugriff auf solche Dokumente – geringe Zugänglichkeit, schwere Lesbarkeit, unverständliche Fremdsprache – beseitigt worden. Zusätzlich wurden die Dokumente mit Kommentaren versehen, die Informationen über die Schreibenden und den Kontext, in dem sie sich zu Wort melden, bieten. Eine weitere Besonderheit von »Voices« ist es, dass die Stimmen der Betroffenen auch zu hören sind. Jedes Dokument steht in den drei genannten Sprachen als Audiodatei zur Verfügung – die Unmittelbarkeit des Erzählens verstärkt die Unmittelbarkeit des damaligen Erlebens und eröffnet eine weitere Rezeptionsebene. Zu jedem Land gibt es außerdem einen Hintergrundbericht, der den Verlauf der Verfolgung in dem jeweiligen Land darstellt. In vier redaktionellen Beiträgen werden das Projekt »Voices of the Victims«, die Debatten um Opferzahlen und die Bezeichnung des Völkermordes sowie die Bedeutung autobiografischer Quellen behandelt.

Der Quellenkorpus von »Voices of the Victims« steht nunmehr für die Bildungsarbeit und für die Forschung zur Verfügung. Erste Formate für die Bildungsarbeit hat das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma mit Unterstützung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen des Launchs von RomArchive im Februar 2019 ausprobiert. Das Dokumentationszentrum hat außerdem im März 2019 die Trägerschaft für RomArchive übernommen, das als digitales Archiv kontinuierlich ausgebaut werden soll. Zukünftig könnten daher weitere Quellen und Länder in »Voices of the Victims« ergänzt werden. Es ist zu wünschen, dass diese besonderen Quellen zukünftig auch in der Fachwissenschaft mehr Beachtung erfahren.

Dr. Karola Fings ist Historikerin, stellvertretende Direktorin des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln und hat zahlreiche Studien zur Verfolgung von Sinti und Roma im Nationalsozialismus verfasst. Sie ist Mitglied der »Unabhängigen Kommission Antiziganismus« der Bundesregierung, die im März 2019 ihre Arbeit aufgenommen hat.

- 1 Staatsarchiv Freiburg im Breisgau, F 179/1, Nr. 249. Zur besseren Lesbarkeit wurde der Text orthographisch bearbeitet.
- 2 Siehe www.romarchive.eu. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung, die Deutsche Kinemathek, das Auswärtige Amt und das Goethe-Institut gehörten zu den Förderern.
- 3 Die Auseinandersetzung über Antiziganismus in der Wissenschaft wird vor allem von der »Gesellschaft für Antiziganismusforschung« in Marburg und seit 2017 auch von der »Forschungsstelle Antiziganismus« am Historischen Seminar der Universität Heidelberg vorangetrieben. Innerhalb der Gedenkstätten gibt es seit 2015 ein Netzwerk, das sich mit den Fallstricken der Vermittlungsarbeit auseinandersetzt, und in diesem Jahr vom 23.–25. Oktober in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück in Fürstenberg/Havel zusammentrifft. Vgl. allg. zur Problematik Steffen Jost, Verfolgung, Vernichtung und der Kampf und Anerkennung und Wiedergutmachung – Historische Bildungsarbeit zu Sinti und Roma aus der Perspektive der Mehrheitsgesellschaft, In: LaG Magazin 06/14 (<http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/11789>).
- 4 Derzeit sind von den 60 Quellen zwei wegen noch offener Publikationserlaubnisse nur im internen Archiv vorhanden.
- 5 Das Dokument stammt aus Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien.
- 6 Die Dokumente stammen aus dem Kroatianischen Staatsarchiv, Zagreb.

»Satellite Camps«

EINE NEUE SMARTPHONE-APP ÜBER KZ-AUSSENLAGER IN BERLIN

Thomas Irmer



»Wir wußten nicht, wo wir waren«, so fasste der Niederländer Gerard de Ruiter seine ersten Eindrücke zusammen, als er als Häftling des KZ Sachsenhausen zur Zwangsarbeit in die Berliner Innenstadt transportiert wurde. Die SS setzte ihn, wie er erst später erfuhr, im Prinz-Albrecht-Palais ein, dem Sitz des Reichssicherheitshauptamts. Zwangsarbeit in den Machtzentralen des NS-Staates war eines der Kennzeichen der 14 Außenlager, die die SS 1942 und insbesondere 1944 im Berliner Stadtgebiet errichtete. Die Geschichte von sechs dieser Berliner KZ-Außenlager steht im Mittelpunkt der neuen »Satellite Camps«-App.

Die Geschichte der KZ-Außenlager zählt zu den wenig bekannten Aspekten der Berliner Geschichte in der NS-Zeit: In der damals größten Rüstungsmetropole in Europa leisteten über 10 000 KZ-Häftlinge Zwangsarbeit für die SS und in Rüstungsfertigungen namhafter Privatunternehmen. Unter den Häftlingen waren auch zahlreiche Frauen: Seit September 1944 unterstanden viele Außenlager des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück ebenfalls dem KZ Sachsenhausen Auch im Umland und in weiteren Brandenburger Regionen entstanden zahlreiche KZ-Außenlager.

Mit den Außenlagern wurde das System der Konzentrationslager bis an die Werkbänke und vor die Haustür vieler Berlinerinnen und Berliner ausgeweitet. Zu keinem anderen Zeitpunkt waren so viele männliche und weibliche KZ-Häftlinge im »Alltag« der Stadt sichtbar. Das deutlich zu machen, ist eines der Anliegen der »Satellite Camps«-App. Smartphone-Apps werden heute vermehrt für die Erkundung regionaler Geschichte entwickelt, auch zur Geschichte

von KZ-Außenlagern. Als mobiles Angebot ermöglichen sie eine Spurensuche von jedem Ort der Welt aus oder mit dem Smartphone als einem »Pfadfinder« am historischen Ort. Mit dem regionalen Bezug lässt sich die Neugier und Interesse weckende Frage stellen, was denn in der eigenen Nachbarschaft geschah. Der Blick auf die Geschichte vor Ort ermöglicht zugleich Verbindungen zu übergeordneten Themen und Fragestellungen: Über die in der »Satellite Camps«-App gezeigten Außenlager erfahren die Nutzerinnen und Nutzer mehr über das System der Konzentrationslager. Und mit den 14 Biografien ehemaliger KZ-Häftlinge in der »Satellite Camps«-App verbinden sich verschiedene Verfolgungsschicksale aus ganz Europa.

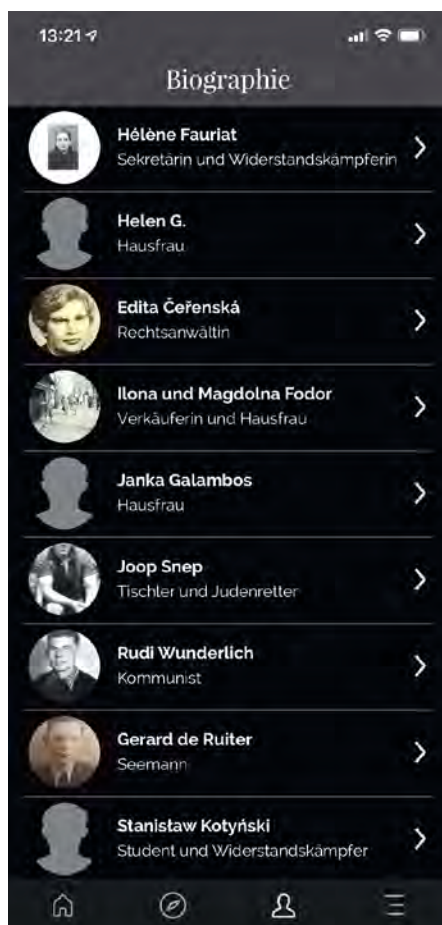
Ein weiteres Ziel der »Satellite Camps«-App ist es, regionale Besonderheiten des Zwangseinsatzes deutlich zu machen. Im Fall von Berlin ist es die Doppelrolle der Stadt als Zentrum der politischen Macht und als Rüstungsmetropole. Die Geschichte

der KZ-Außenlager in Berlin lässt sich in zwei Phasen unterteilen: Der erste, wenig bekannte Abschnitt begann bereits 1940/41, als die SS Häftlinge aus dem KZ Sachsenhausen nach Berlin transportierte, um sie für den Aufbau eigener Dienststellen einzusetzen. Der andere Abschnitt in der Geschichte der KZ-Außenlager in Berlin begann 1944, als zahlreiche Außenlager bei Berliner Industriebetrieben entstanden. KZ-Häftlinge waren die letzte Arbeitskraftreserve für den »totalen Krieg«.

Die »Satellite Camps«-App folgt einer nicht-linearen Erzählform, bei der sich die Nutzerinnen und Nutzer multimedial auf mehreren Ebenen bewegen können. Dazu zählen Videointerviews mit ehemaligen Häftlingen ebenso wie historische Fotoaufnahmen oder Abbildungen von Objekten. Die Navigationsstruktur der »Satellite Camps«-App ist bewusst einfach und übersichtlich gehalten: Die Geschichten der sechs Außenlager können über sechs Abbildungen angesteuert werden, die durch Wischen aufgerufen werden können. Über die Befehlsleiste am unteren Rand des Bildschirms ist eine Liste mit 14 Biografien abrufbar. Außerdem eine Karte, auf der Standorte von Außenlagern und Außenkommandos verortet sind. Über die Markierungen der Standorte sowie durch eine zusätzliche Liste können die Nutzerinnen und Nutzer ebenfalls auf die Geschichte der Lager zugreifen. Markiert sind auch Lagerstandorte, die noch kein Thema in der »Satellite Camps«-App sind. In der Befehlsleiste können neben Englisch auch Sprachversionen in Leichter Sprache und Arabisch eingestellt werden.

Bei der Erzählung über die Geschichte der KZ-Außenlager wird ein weiter Bogen gespannt. Er beginnt mit einer Besichtigung der heutigen Situation am historischen Ort, führt über die Geschichte des Lagers und den »Alltag« der Zwangsarbeit bis hin zum Umgang mit der Erinnerung nach 1945. In diesem Rahmen geht es auch um Themen, die sich speziell mit KZ-Außenlagern in Verbindung bringen lassen. Neben den Einsatzorten und Formen der Zwangsarbeit zählen dazu unterschiedliche Reaktionen von Deutschen, die aus der Perspektive von KZ-Häftlingen dargestellt werden. Oder, ebenfalls naheliegend: Fluchtversuche. Auf eine Emotionalisierung wird jedoch verzichtet. So entsteht ein facettenreiches Bild, das zahlreiche Anknüpfungspunkte für die schulische wie außerschulische Bildungsarbeit bietet. Zeitzeugenberichte sind auch für die »Satellite Camps-App« eine zentrale Quelle. Dazu zählen Aussagen aus Ermittlungsakten, die für die App vertont wurden. Hervorzuheben ist auch ein Bestand mit Videointerviews, die Mitglieder der IKZ mit ehemaligen Häftlingen des Außenlagers Lichterfelde gemacht haben.¹ Ein Videointerview mit dem Überlebenden Leon Schwarzbaum wurde im Rahmen der Recherchen für die »Satellite Camps«-App geführt. Schwarzbaum war im größten Berliner KZ-Außenlager, dem für die Siemens-Werke errichteten Außenlager Haselhorst. Siemens-Mitarbeiter hatten ihn und andere Häftlinge aus dem KZ-Buchenwald in das Außenlager Haselhorst ver-





legen lassen. Leon Schwarzbaum hatte zuvor schon im Außenlager Bobrek des KZ Auschwitz für Siemens Zwangsarbeit leisten müssen. Bei der Auflösung von Auschwitz waren er und andere Häftlinge nach Buchenwald transportiert worden. »Ich konnte (...) nie sicher sein, zu überleben«, so Schwarzbaum in seiner Rede zum Launch der »Satellite Camps«-App. »Aber ich hatte Glück. Dazu zählte auch, dass ich Zwangsarbeit leisten musste. Siemens brauchte uns. Aber warum gerade mich? Es gab ja auch noch viele Andere. Und was bewog die Siemens-Mitarbeiter, uns 1945 aus Buchenwald nach Berlin zu holen? Das sind offene Fragen. Und es ist ein Teil der Fragen, auf die sie stoßen, wenn sie sich mit der Geschichte der Außenlager beschäftigen.«

Thomas Irmer ist freier Historiker und Kurator. Er hat die »Satellite Camps«-App maßgeblich mitentwickelt und die Texte verfasst.

Die Satellite Camps-App wird von der Initiative KZ-Außenlager Lichterfelde e.V. herausgegeben. Sie entstand in Kooperation mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und wurde durch Lottomittel finanziert.

1 Der Bestand wurde schon vor dem Projekt mit Mitteln der Gedenkstätte Sachsenhausen digitalisiert.

Historisch-politische Bildung hinter Gittern

AUSSTELLUNGSPROJEKTE DES ANNE FRANK ZENTRUMS
IN JUSTIZVOLLZUGSANSTALTEN

Franziska Göpner und Roman Guski

Justizvollzugsanstalten sind eher ungewöhnliche Orte für Projekte der historisch-politischen Bildung. Gleichwohl macht das Anne Frank Zentrum mit der Wanderausstellung »Lasst mich ich selbst sein« Anne Franks Lebensgeschichte« regelmäßige Halt in Gefängnissen, um junge Menschen in Haft zur Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus anzuregen. Die Teilnehmenden eignen sich in den Projekten Wissen zu historischen und aktuellen Themen an, sie reflektieren eigene Haltungen und erfahren Selbstwirksamkeit, indem sie Gruppen durch die Ausstellungen begleiten.

Bereits ab 2004 wurde die Ausstellung »Anne Frank – eine Geschichte für heute« zwölfmal in Justizvollzugsanstalten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen gezeigt. Seit 2015 setzt das Anne Frank Zentrum mit einer neuen Ausstellung über die Lebensgeschichte von Anne Frank bundesweit und kontinuierlich Projekte im Strafvollzug um. Jährlich werden etwa fünf Ausstellungen in Gefängnissen gezeigt. Ein Schwerpunkt liegt auf Anstalten des Jugendstrafvollzugs, womit vornehmlich männliche Jugendliche und junge Erwachsene erreicht werden. In Berlin und Baden-Württemberg wurden auch Ausstellungsprojekte im Frauenvollzug durchgeführt. Daneben regt das Anne Frank Zentrum mit Tagungen und Veröffentlichungen den Fachkräfteaustausch im Feld an und evaluiert in Zusammenarbeit mit der Hochschule Merseburg den Stand der politischen Bildung im Strafvollzug. Doch welche Chancen und Herausforderungen birgt die Arbeit mit Jugendlichen in Haft, einer weiterhin als »schwierig« und »bildungsfern« beschriebenen Zielgruppe?

Die Wanderausstellungsprojekte des Anne Frank Zentrums

Seit über 20 Jahren setzt das Anne Frank Zentrum bundesweit Wanderausstellungsprojekte zur Geschichte Anne Franks und des Nationalsozialismus um. Die Ausstellungen folgen dem Ansatz des biografischen Lernens und ermöglichen Jugendlichen über die Beschäftigung mit der persönlichen Geschichte Anne Franks einen niedrigschwelligen und jugendgerechten Zugang zur Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Verbrechenkomplex. Anne Franks Lebensgeschichte, anhand der sich das komplexe historische Geschehen konkretisiert, steht für sich selbst wie auch beispielhaft für andere Opfer des Holocaust. Ihr kurzes Leben – die Flucht der Familie aus Deutschland in die Niederlande, ihre Zeit im Versteck sowie ihre Deportation und Ermordung – ist gut dokumentiert. Wichtigstes Zeugnis ist Anne Franks weltweit bekanntes Tagebuch, das Einblick in ihre ganz persönliche Gefühls- und Gedankenwelt gibt.

Anne Franks Gedanken sind anschlussfähig an die Lebenswelt Jugendlicher und regen wiederum zum Nachdenken darüber an, welche Bedeutung ihrer Geschichte heute zukommt. Hieran knüpfen die Wanderausstellungsprojekte des Anne Frank Zentrums an, die neben der Geschichte des Nationalsozialismus auch Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in der Gegenwart in den Blick nehmen sowie Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements aufzeigen. Die Ausstellungsinhalte richten sich an Jugendliche und werden partizipativ erschlossen: In einem zweitägigen

Trainingsseminar werden Jugendliche zu sogenannten Peer Guides ausgebildet, die andere Jugendliche und junge Erwachsene durch die Ausstellung begleiten. Der Peer Education Ansatz, ein Kernelement der historisch-politischen Bildungsarbeit des Anne Frank Zentrums, schafft anhand der Vermittlung historischer und gegenwartsbezogener Themen von Jugendlichen an Jugendliche ein Lernen »auf Augenhöhe«. Auch im Strafvollzug arbeitet das Anne Frank Zentrum mit diesem Ansatz.

Peer Education als Erfolgskonzept

Peer Education beschreibt eine Form des Lernens von Menschen, die etwa gleichen Alters sind, einen ähnlichen Status haben oder sich in einer ähnlichen Lebenssituation befinden. Dahinter steht die Idee, dass Peers aufgrund ihrer ähnlichen Lebensrealität in der Lage sind, sich gegenseitig zu beeinflussen und somit einander bestimmte Themen und Inhalte vermitteln können.¹ Dabei zeigt sich ein doppelter Vermittlungseffekt, den sich das Anne Frank Zentrum in seiner pädagogischen Arbeit zunutze macht: Die Peer Guides beschäftigen sich selbst partizipativ mit den Themen der Ausstellung und beziehen als Multiplikatoren weitere Teilnehmende in den Bildungsprozess ein. In den Justizvollzugsanstalten sind es vor allem andere Inhaftierte, Bedienstete, Familienangehörige oder externe Personen von kooperierenden Fachdiensten, Vereinen und Schulen, die an den Ausstellungsbegleitungen teilnehmen. Im Mittelpunkt stehen das gemeinsame Lernen und ein gleichwertiger Umgang, der viel Raum für eigene Erfahrungen und Gedanken lässt.

»Anne Frank war eine ganz normale, optimistische junge Frau, mit Träumen und Zielen. Ich glaube, dass ihr Tagebuch deshalb so populär geworden ist. [...] Mir ist besonders der aktuelle Teil der Ausstellung im Gedächtnis geblieben, weil man viele Bezüge von früher zu heute finden kann. [...] Die Ausstellung hat mir einerseits die Lebensgeschichte von Anne Frank mitgegeben, aber auch gezeigt, dass man einen Menschen nicht nur oberflächlich kategorisieren soll, sondern auch hinter die Fassade blicken sollte«, meldete ein Inhaftierter der JVA Rockenberg in Hessen nach dem Projekt zurück. Das Peer Guide Konzept trägt wesentlich zum Gelingen der Bildungsprojekte bei, wie eine andere Rückmeldung deutlich macht: »Zu Beginn hatte ich meine Bedenken, wie werden die Gefängnisbesucher auf mich reagieren? Werden die Menschen voller Vorurteile mir gegenüber treten und mir überhaupt zuhören? Am Ende fühlte es sich gut an. All meine Bedenken waren umsonst, ich wurde akzeptiert wie und vor allem wo ich war und bin. Und ich fühlte mich selbstbewusster, zufriedener und gestärkt.«²

Das gestiegene Zutrauen in eigene Fähigkeiten, das bei vielen Teilnehmenden zu beobachten ist, verweist auch auf vorhandene Unsicherheiten. Der überwiegende Teil junger Menschen in Haft verfügt über keine oder eine mangelhafte Schul- und Berufsbildung, die familiären Verhältnisse sind oft zerrüttet. Von Angeboten der historisch-politischen Bildung werden marginalisierte Jugendliche kaum erreicht und gerade junge Menschen in Haft sind von allen außerschulischen Angeboten ausgeschlossen. In dieser Hinsicht ist die aufsuchende Projektarbeit mit dem Ansatz der Peer Education ausgesprochen wegweisend. Der Lernprozess geht über die Vermittlung von historischem Wissen hinaus: Die Peer Guides erfahren Selbstwirksamkeit, erweitern durch die Arbeit in und mit Gruppen ihre sozialen Fähigkeiten und erwerben Kompetenzen in der Leitung und Moderation von Diskussionen. In der Vermittlungssituation werden sie für Teilnehmende zum Vorbild und in ihrer Persönlichkeit



Eröffnung der Anne Frank Ausstellung in der JVA für Frauen Berlin-Lichtenberg, November 2017.
Foto: Anne Frank Zentrum

gestärkt. Der Ansatz der Peer Education leistet darüber einen Beitrag der Prävention von menschenverachtenden Ideologien.

Justizvollzugsanstalten als Lernorte

Insbesondere der Jugendstrafvollzug ist ein Ort des Lernens. Bildungsprozesse finden sowohl im Rahmen der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung, wie auch durch sozialpädagogische oder ähnliche Maßnahmen statt. Diese sind dem im Strafvollzugsgesetz bestimmten Vollzugsziel untergeordnet: »Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen« (§2 StVollzG). Nicht auf Anpassung und Unterordnung, sondern auf ein selbstständiges, eigenverantwortliches Leben in Freiheit ist der Strafvollzug also dem Gesetz nach gerichtet. Zugleich ist das Leben in Haft jedoch vollkommen fremdbestimmt und von Ordnungs- und Sicherheitsaspekten dominiert. Regeln und Strafen beherrschen den Alltag: Der gesamte Tagesablauf ist vom frühzeitigen Aufstehen bis zum »Nachtverschluss« vorbestimmt. Erving Goffman beschrieb das Gefängnis als »totale Institution«, die jegliche Tätigkeiten und Äußerungen regelt und kontrolliert. Die Haft sei ein Angriff auf das Selbst, indem die betreffende Person von der Gesellschaft isoliert und auf die Rolle des Strafgefangenen reduziert wird. In diesem Zusammenhang spricht er auch vom »bürgerlichen Tod« des Individuums.³

Hier wird überaus deutlich, das pädagogisches Handeln im Strafvollzug von Widersprüchen geprägt ist: Auf der einen Seite steht die Förderung von Mitwirkung und Verantwortungsübernahme, das Schaffen von Gestaltungsspielräumen für Inhaftierte. Auf der anderen Seite stehen die Regeln und Sanktionen des Strafvollzugs, die Möglichkeiten und Erfahrungen des Missbrauchs von Freiräumen wie auch häufig begrenzte personelle und zeitliche Ressourcen.⁴ Auch mit Blick auf die historisch-politische Bildungsarbeit des Anne Frank Zentrums zeigt sich dieses Spannungsfeld: Während in Seminaren gemeinsam Möglichkeiten besprochen werden, sich gesellschaftlich zu engagieren, macht das Gefängnis, als ein nach Sicherheitsaspekten regulierter Raum, eigeninitiatives und couragiertes Handeln geradezu unmöglich. Pädagogische Angebote müssen sich in die Abläufe im Strafvollzug einfügen und sind mitunter nur schwer mit ihnen in Einklang zu bringen, sei es durch die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die beschränkte Nutzung moderner Medien oder mangelnde Offenheit der Anstalten.

Durchaus umstritten ist, wie sinnstiftend und nachhaltig pädagogische Projekte im Strafvollzug sind, wenn die Teilnehmenden nach einem »erfolgreichen« Projekt wieder auf ihren Häftlingsstatus zurückgeworfen werden und sich den Regeln der Anstalt zu fügen haben. »Dem Jugendstrafvollzug helfen auch die besten Projekte nicht«, meint etwa Werner Nickolai, der die Abschaffung des Jugendstrafvollzugs fordert. Die Haft zerstöre soziale Beziehungen, erschwere die Vermittlung menschlicher Werte und befördere eher die Abkehr von der Gesellschaft, als auf ein Leben in Freiheit vorzubereiten.⁵ Gleichwohl ist der (Jugend-) Strafvollzug gesellschaftliche Realität und gestaltbar. »Zwischen harten, unmenschlichen Verwahrrformen und einem modernen Jugendstrafvollzug in freien Formen gibt es eine Fülle von Modelle[n] und Ansätzen«⁶, so Jens Borchert. Er plädiert dafür, den Strafvollzug unter Rückgriff auf reformpädagogische Ideen zu reformieren, um Entfaltungsspielräume zu schaffen und Eigeninitiative zu ermöglichen. Hier können Bildungsprojekte ansetzen und den regulierten und streng hierarchischen Haftalltag zumindest zeitweise vergessen machen, indem die Teilnehmenden nicht als »Gefangene«, sondern Subjekte ernst genommen werden und man ihnen vorurteilsfrei begegnet.

Historisch-politische Bildung inklusiv gestalten

Die Erfahrungen des Anne Frank Zentrums der letzten vier Jahre aus der historisch-politischen Bildungsarbeit im Strafvollzug haben deutlich gemacht: Die Zielgruppe »junge Gefangene« ist mit Blick auf verschiedene Aspekte sehr heterogen, insbesondere mit Blick auf die Kategorien Herkunft und Sprache. Eine Gemeinsamkeit, die viele Gefangene teilen, ist eine brüchige Bildungsbiografie. Die häufig negativen Erfahrungen mit Institutionen und Akteuren der formalen Bildung wirken sich auch auf die Bereitschaft aus, an ergänzenden Bildungsangeboten im Strafvollzug teilzunehmen. Für die politische Bildungsarbeit, für die der Aspekt der Freiwilligkeit zentral ist, stellt dies eine besondere Herausforderung dar. Hier braucht es eine Offenheit von Seiten der Justizvollzugsanstalten wie auch der externen politischen Bildner und Bildnerinnen für die jeweilige Spezifik und Arbeitsweise des Gegenübers. Für eine nachhaltige Umsetzung von Angeboten der historisch-politischen Bildung im Strafvollzug sollte die Institution als Ganzes in den Blick genommen werden, das heißt auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten möglichst einbezogen und informiert sein.⁷

Inklusion als Anspruch der historisch-politischen Bildung ist ein breit diskutiertes Thema. Die Arbeit im Strafvollzug und mit der Zielgruppe junger Inhaftierter verdeutlicht die Notwendigkeit inklusiver Ansätze und Zugänge, insbesondere mit Blick auf die herausfordernde und komplexe Geschichte des Nationalsozialismus. Aus der Perspektive der Vermittlung zeigt sich ein Spannungsfeld verschiedener Ansprüche, die schwer vereinbar sind: die Angemessenheit der Vermittlung mit Blick auf den historischen Gegenstand versus die Angemessenheit mit Blick auf die Zielgruppe.⁸ Wie kann die Geschichte des Nationalsozialismus und die Geschichte Anne Franks ohne unzulässige Auslassungen oder sogar Fehlinformationen vermittelt werden? Wie kann die Vermittlung insbesondere an chancenarme Jugendliche gelingen, ohne diese zu überfordern? Hier zeigt sich ein grundlegendes Dilemma der historisch-politischen Bildung, wenn diese den Anspruch verfolgt, möglichst inklusiv zu sein und verschiedene Zielgruppen zu erreichen. Diese unterschiedlichen Ansprüche können nicht aufgelöst werden, verdeutlichen jedoch die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Reflexion auf Seiten der

Vermittelnden wie auch einer möglichen Anpassung des Bildungsangebots an die Zielgruppe. Auch wenn die Bildungsarbeit im Strafvollzug in einem besonderen Setting stattfindet, müssen sich die Inhalte und Vermittlungsmethoden nicht grundlegend von anderen Bildungsangeboten unterscheiden. Die Einbeziehung des spezifischen Kontextes der Bildung im Strafvollzug darf nicht zu einer erneuten und einseitigen Zuschreibung der Teilnehmenden auf die Rolle als Gefangene beitragen. Weder die Ausstellung, noch die Ausstellungskataloge oder die pädagogischen Materialien des Anne Frank Zentrums wurden eigens für die Bildungsarbeit in Justizvollzugsanstalten konzipiert. Die Motivationen der Gefangenen am Projekt teilzunehmen sind verschieden und die Gruppen – abgesehen vom Haft-Status – heterogen. Dieser Heterogenität der Teilnehmenden wird in der Umsetzung der Bildungsangebote Rechnung getragen. In den Seminaren werden daher Materialien in einfacher Sprache eingesetzt, aber auch Bücher mit weiterführendem Hintergrundwissen für interessierte Teilnehmende bereitgehalten. Das Team setzt bei den Fragen der Teilnehmenden an, arbeitet mit dem Wissen, das in der Gruppe vorhanden ist und erarbeitet gemeinsam mit ihnen die Inhalte der Ausstellung »Lasst mich ich selbst sein« – Anne Franks Lebensgeschichte«. Die Teilnehmenden beschäftigen sich intensiv mit der Biografie Anne Franks – oft schon im Vorfeld durch die Lektüre des Tagebuchs. Insbesondere Anne Franks Erfahrungen im Versteck und das Gefühl des Eingesperrtseins ermöglichen einen Zugang zu den Gefangenen und ihrer Lebensrealität. Die Geschichte des Verstecks ist ein Ansatzpunkt eines reflektierten und kritischen Geschichtslernens, indem die besondere Situation Anne Franks und die Geschichte ihrer Verfolgung im Unterschied zum Strafvollzug heute diskutiert werden. In der Frage der Kontinuitäten nach 1945 werden lokalgeschichtliche Beispiele einbezogen, etwa die Geschichte der Justizvollzugsanstalt während der NS-Herrschaft. Der Haftalltag der Gefangenen kommt auch an mehreren Stellen im Seminar zur Sprache, darunter der Umgang mit Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus. Die Teilnehmenden berichten mitunter von konkreten Vorfällen: Sprüchen, Schmierereien oder Gewalttaten im Strafvollzug. Provokationen durch andere Gefangene, die Peer Guides häufig vor den Begleitungen befürchten, bleiben in der Regel aus. Am Ende von jedem Projekt steht ein Feedbackseminar und die meisten Teilnehmenden werten das Projekt als große Bereicherung.

Geschichtslernen im Strafvollzug

Zweifelsohne sind Justizvollzugsanstalten keine »politikfreien Räume«. Im Zuge von Debatten um Gefängnisse als mögliche Rekrutierungsanstalten rechtsextremer und islamistischer Szenen und Möglichkeiten der Prävention menschenverachtender Ideologien und Gewalt ist das Feld des Strafvollzugs in den letzten Jahren stärker ins Blickfeld der politischen Bildung geraten. Das Bundesprogramm »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt die Bildungsarbeit in Gefängnissen mit dem Förderschwerpunkt »Prävention und Deradikalisierung in Strafvollzug und Bewährungshilfe«.⁹ Mit den Projekten werden junge Menschen erreicht, die aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation keinen Zugang zu Angeboten der historisch-politischen Bildung haben.

Kurzzeitpädagogische Angebote können schwer eine Antwort auf verfestigte antisemitische Einstellungen und andere menschenverachtende Ideologien sein. Zudem sollten Bildungsangebote sich nicht nur an »Radikalisierte« und »Extremisten«, sondern alle

Jugendlichen richten und darauf ausgerichtet sein, den demokratischen Diskurs zu stärken. Um die pädagogische Arbeit nachhaltig zu gestalten, bedarf es der Verzahnung mit anderen weiterführenden Projekten sowie den Regelstrukturen, etwa dem Schulunterricht in Justizvollzugsanstalten, für den das Anne Frank Zentrum pädagogische Materialien bereithält. In zwei Berliner Justizvollzugsanstalten hat das Anne Frank Zentrum begleitend zur Ausstellung Zeitzeugengespräche mit Holocaust-Überlebenden umgesetzt.

Ein Teilnehmer eines Ausstellungsprojektes in der JVA Bützow 2011 merkte an, dass in Justizvollzugsanstalten mehr unternommen werden müsste, um an den Holocaust zu erinnern: »Die Neonazis feiern die Geburtstage ihrer Idole, wir sollten Gedenktage für die Opfer der Nazis abhalten.« Anlässe und Möglichkeiten für eine lebendige Erinnerungskultur in Justizvollzugsanstalten gibt es allenthalben. In vielen Justizvollzugsanstalten gibt es Gedenkorte für die Opfer der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz, die auf die jeweilige Anstaltsgeschichte verweisen. Allerdings haben sich Gedenkstätten, die an frühere Hinrichtungsstätten und Zuchthäuser erinnern und Gefängnisse des »modernen Strafvollzugs« nebeneinander eingerichtet und ein eher pragmatisches Verhältnis. Vereinzelt werden Gedenkstättenbesuche für Inhaftierte ermöglicht oder »verordnet«, das eigentliche Potenzial für die historisch-politische Bildung hingegen wird übersehen: Außerschulische partizipative Formen des Geschichtslernens sind auch im JVA-Kontext möglich, etwa in Form von Geschichtswerkstätten, Workshops und Ausstellungsprojekten.

Franziska Göpner, M.A. (Kulturwissenschaften, Germanistik), arbeitet seit 2015 im Anne Frank Zentrum und leitet seit 2017 den Arbeitsbereich Wanderausstellungen. Zuvor war sie für das Kulturbüro Sachsen und die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten tätig.

Roman Guski, M.A. (Politikwissenschaften, Soziologie, Neuere Geschichte Europas), arbeitet seit 2017 im Arbeitsbereich Wanderausstellungen des Anne Frank Zentrums und ist Projektleiter für (historisch-)politische Bildung im Strafvollzug.

- 1 Vgl. Martin Nörber: Peer-Education, Bildung und Erziehung von Gleichaltrigen durch Gleichaltrige, Münster 2003, S. 10.
- 2 Anne Frank Zentrum: Historisch-politische Bildungsarbeit in Justizvollzugsanstalten, Projektbericht 2015/2016, abrufbar unter: [www.annefrank.de/themenfelder/jugendliche-qualifizieren/ausstellungstournee-durch-justizvollzugsanstalten].
- 3 Erving Goffman, Asyl, Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen, Frankfurt am Main 1973, S. 26.
- 4 Vgl. Philipp Walkenhorst: Der Jugendstrafvollzug als nachhaltiges pädagogisches Handlungsfeld, in: Marcel Schweder (Hrsg.): Jugendstrafvollzug – (k)ein Ort der Bildung!?, Weinheim 2017, S. 44.
- 5 Werner Nickolai: Dem Strafvollzug helfen auch die besten Projekte nicht. In: Forum Strafvollzug, Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe, Heft 2, Jg. 64, März/April 2015, S. 100–101.
- 6 Jens Borchert: Pädagogik im Strafvollzug, Grundlagen und reformpädagogische Impulse, Weinheim 2016, S. 8.
- 7 Siehe hierzu: Anne Frank Zentrum: Angebote der politischen Bildungsarbeit in Justizvollzugsanstalten – ein Beitrag zu Deradikalisierung und Prävention von menschenverachtenden Ideologien und Gewalt?, Bundesweiter Fachtag, 23. Juni 2017, Hannover; abrufbar unter: [www.annefrank.de/themenfelder/jugendliche-qualifizieren/ausstellungstournee-durch-justizvollzugsanstalten].
- 8 Siehe hierzu: Barbara Thimm, Gottfried Köbler, Susanne Ulrich (Hrsg.): Verunsichernde Orte, Selbstverständnis und Weiterbildung in der Gedenkstättenpädagogik, Frankfurt am Main 2010.
- 9 Auf der Website des Bundesprogramms »Demokratie leben!« findet sich eine Übersicht der geförderten Projekte in diesem Themenfeld: www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben/praevention-und-deradikalisierung-in-strafvollzug-und-bewaehrungshilfe.html, 20. 5. 2019.

Nie wieder oder schon wieder? – Die Verschiebung der Normalität in der deutschen Gesellschaft nach rechts und die Gedenkstätten für NS-Opfer

BERICHT VON DER SIEBTEN BUNDESWEITEN
GEDENKSTÄTTENKONFERENZ, SCHÖNEWEIDE IM DEZEMBER 2018

Juliane Haubold-Stolle

Vorbemerkung

Seit sieben Jahren führt das Gedenkstättenreferat der Stiftung Topographie des Terrors gemeinsam mit Vertretungen der AG der KZ-Gedenkstätten, des FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland sowie der Landes- und Bundeszentralen für politische Bildung und der jeweiligen Gedenkstätte, an deren Ort die Veranstaltung durchgeführt wird, die »Bundesweite Gedenkstättenkonferenz« durch. Zu dieser Konferenz werden Vertreter der oben genannten Vertretungen von Landesverbänden der Gedenkstätten für NS-Opfer, bundesgeförderten Einrichtungen und Landeszentralen, vor allem wenn sie operativ in der Förderung von Gedenkstätten tätig sind, eingeladen. Ziel ist es, sich über Themenschwerpunkte untereinander auszutauschen und Absprachen im Sinne der Vernetzung der Gedenkstätten in Deutschland zu treffen.

Tagungsbericht

Wie bedrohlich sind die Wahlgewinne einer rechten, im Kern antidemokratischen Partei für unsere Demokratie – und was bedeuten sie für die Arbeit der Gedenkstätten für NS-Opfer? Können oder müssen wir das Jahr 2018, in dem die Zustimmung zur Demokratie abgenommen hat und eine rechtsradikale Partei drittstärkste politische Kraft geworden ist, mit 1928/29 vergleichen? Die siebte bundesweite Gedenkstättenkonferenz hatte es sich zur Aufgabe gemacht, darüber und über die Folgen der Verschiebung der politischen Normalität nach rechts zu diskutieren.

Christine Glauning, als Leiterin des Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Gastgeberin der Konferenz, und Thomas Lutz, Gedenkstättenreferent der Stiftung Topographie des Terrors, formulierten in ihrer Begrüßung die Kernfragen: Wie kann es sein, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland wieder salonfähig und Deutschland sogar das europäische Land mit den meisten antisemitischen Belästigungen und Übergriffen geworden ist?¹ Was folgt daraus für die Arbeit von Gedenkstätten? Sollten die Gedenkstätten für die Opfer des NS gemeinsam politisch aktiv werden – und brauchen sie dafür nicht eine verfasste Struktur, um politisch sprach- und handlungsfähig zu sein?

Am ersten Abend der Konferenz versuchte eine von Thomas Lutz moderierte Podiumsdiskussion die politischen Veränderungen zu beschreiben und über angemessene Reaktionen zu diskutieren. Aus den Berichten der Bundestagsvizepräsidentin, Petra Pau (Linke), und des Kulturausschussmitglieds, MdB Marianne Schieder (SPD), wurde deutlich, wie sehr die AfD Strategien Weimarer Antidemokraten nutzt, um

außerhalb, aber eben auch innerhalb des Parlaments den Parlamentarismus zu stören und zu zerstören. Laut Pau ist auch zu erkennen, dass die AfD mit dem Instrument der parlamentarischen Anfragen gezielt Informationen über Menschen sammle, die ihr missliebig sind – z.B. über in Deutschland lebende Roma oder Antifa-Aktivistinnen und -Aktivisten. Der Politikwissenschaftler Hajo Funke brachte in Erinnerung, dass die Verschiebung der politischen Normalität nicht erst mit den Wahlerfolgen der AfD 2018 begonnen habe, sondern schon lange vorher in den Studien der Forschungsgruppe um Heitmeyer (Deutsche Zustände 2002–2011) nachgewiesen worden sei. Er rief dazu auf, die Auseinandersetzung konsequenter als bisher zu führen und weniger auf die rechtsradikale Partei einzugehen. Doch wie ist lautes Widersprechen möglich, ohne in die Diskursfalle der AfD zu tappen? Bei der Diskussion um den »globalen Migrationspakt« Herbst 2018 war zu erleben, wie alle anderen Parteien durch ihre Reaktionen den Diskurs der AfD medial gestärkt hatten. Dadurch erreichte die AfD, ihr Thema – ein Einwanderungsstopp bzw. die sogenannte »Reinheit des deutschen Volkes« – wieder in den Vordergrund zu bringen. Was also eine angemessene Reaktion ist, blieb ungeklärt. Auch Pau und Schieder hatten darauf keine Antwort. Beide befürworteten sowohl die klare Abgrenzung als auch die inhaltliche Auseinandersetzung, warnten aber davor, immer nur über die AfD und ihre Themen zu reden. Für den Bundestag formulierte Petra Pau die Idee einer besseren Absprache zwischen den demokratischen Parteien. Angriffe auf einzelne Personen und Gruppen müssten entschieden vom/von der jeweils nachfolgenden Redner*in zurückgewiesen werden, damit alle weiteren Sprechenden dann zur Sachdiskussion zurückzukehren könnten.

Aber inwieweit ist die Arbeit der NS-Gedenkstätten von der Rechtsverschiebung im politischen Diskurs betroffen? Jens-Christian Wagner, Geschäftsführer der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten, beantworte dies mit dem Hinweis auf den offenen Geschichtsrevisionismus, den viele und auch prominente AfD Mitglieder in Bezug auf die NS-Geschichte Deutschlands betreiben. Gedenken und Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sollten verhindert werden, da sie angeblich die deutsche »Identität« schwächen und das Land »wehrlos« gegenüber Einwanderung mache. Um die Idee einer Nation, die auf der »Reinheit« einer sogenannten Ethnie beruhe, erfolgreich zu propagieren müsse sowohl die gegenwärtige Vielfalt als auch die Erinnerung an die Gewaltverbrechen, die während der NS-Diktatur im Namen der »rassischen Reinheit« begangen worden sind, zerstört werden. Aussagen wie die von Bernd Höcke oder Alexander Gauland seien deswegen kein Zufall, sondern wichtige Bausteine in der politischen Agenda der AfD. Die Abwehr von Geschichtsrevisionismus aber ist das »Kerngeschäft« der Gedenkstätten. Zugleich sei, nach Meinung Wagners und vieler Diskussionsteilnehmer*innen, die Gesellschaft auch repolitisiert worden: Die Bereitschaft der Zivilgesellschaft und der demokratischen Parteien sei gestiegen, die Gedenkstätten stärker zu unterstützen, da ihre politische Relevanz wieder wahrgenommen werde. Hajo Funke brachte hier die Mobilisierbarkeit eines »Verfassungspatriotismus« ins Spiel. Doch was bedeutet der für die Arbeit in Gedenkstätten? An den NS-Gedenkorten ist eine Rückbesinnung auf das Grundgesetz ahistorisch, auch können Gedenkstätten nicht Menschenrechtserziehung leisten. Doch aus der Geschichte der konkreten Orte heraus könne, so Wagner, gezeigt werden, wie Exklusion und Inklusion wechselseitig wirken, was eine radikal rassistische Gesellschaft bedeute und warum sie für die, die davon profitierten, erstrebenswert erscheinen mochte.

Können die Gedenkstätten also einfach weiterarbeiten wie bisher? Ein wenig Selbstkritik wurde dann doch laut. Vielleicht, so Wagner, sei es notwendig, die Bildungsarbeit zu hinterfragen und etwa die Kurzführungen zugunsten von intensiveren, nachhaltigeren Formaten zurückzufahren. Auch müssten die Gedenkstätten stärker versuchen, in die Gesellschaft hineinzuwirken und den »institutionellen Autismus« hinter sich zu lassen. Auf eine konkrete Frage ging die Diskussion noch ein: Was passiert, wenn AfD-Abgeordnete in den Stiftungsrat einer Institution gewählt werden? Hier wurde als Leitlinie herausgearbeitet, dass, wer in einen Stiftungsrat wolle, den Stiftungsauftrag mittragen müsse – also sich im Fall der NS-Gedenkstätten klar gegen Geschichtsrevisionismus aussprechen müsse. Anders stehe es bei der Frage der Teilnahme an Gedenkveranstaltungen: Aus rechtlichen Gründen sollte nur den Personen die Teilnahme verboten werden, bei denen nachgewiesen sei, dass sie Geschichtsrevisionismus betreiben und sich damit gegen die Institution und ihre Gedenkveranstaltung positionierten.

Der zweite Tag der Konferenz widmete sich den Auswirkungen des politischen Wandels auf die Arbeit der Gedenkstätten. Für Köln konstatierte Werner Jung, dass seit der Gründung des NS-Dokumentationszentrums die Auseinandersetzung mit den aktuellen rechtsradikalen Bewegungen Teil der täglichen Arbeit sei. Er referierte die Abfolge rechtsradikaler politischer »Wellen« im öffentlichen Diskurs seit 1945. Immer wieder konnte sich das NS-Dok in der Abwehr dieser Wellen mit der Zivilgesellschaft vernetzen, auch die Politik unterstützte den Kampf gegen rechts. Auch in diesem Jahr profitiere das Haus davon, dass die Politik den Bildungsauftrag des Hauses ausweiten wolle: 2017 habe der Rat beschlossen, zwei weitere Etagen im El-De Haus aus- und dort das »Haus für Erinnern und für Demokratie« aufzubauen.

Eine stärkere Veränderung der politischen Landschaft sah Nicola Wenge in Baden-Württemberg. Dort ist die AfD seit 2016 die drittstärkste Fraktion im Landesparslament. Aus der ursprünglich wirtschaftsliberalen Partei sei eine rechtsextreme Partei geworden, die im Landtag offen geschichtsrevisionistisch und demokratiefeindlich agiere. Ihre Angriffe konzentrierten sich bisher auf die Landeszentrale für politische Bildung, (noch) nicht auf die NS-Gedenkstätten. Parallel dazu seien in Baden-Württemberg auch wesentlich mehr Schändungen von Synagogen, Friedhöfen und Denkmälern zu verzeichnen. Auch Frau Wenge berichtete vom gemeinsamen Kampf der demokratischen Parteien und der Gedenkstätten gegen die AfD. Aber zugleich erlebe sie, dass von den Gedenkstätten gefordert werde, das Problem »Rechtsextremismus« zu beheben.

Doch vor Ort in den Gedenkstätten, so Frau Wenge, habe sich wenig verändert. Es gebe nicht mehr, aber auch nicht weniger, Provokationen und Drohbriefe. Allerdings berichtete sie von einer Verunsicherung des Personals, vor allem der Ehrenamtlichen. Dabei gehe es um konkrete Fragen – z.B. wie man ein rechtlich gültiges Hausverbot erteile.

Auch die Umfrage des Forums der Landesarbeitsgemeinschaften, die von Harald Schmid vorgestellt wurde, ergab, dass nicht alle Gedenkstätten schon Auseinandersetzungen mit der AfD hatten. Zwar gab es in Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen und Thüringen konkrete Konflikte, in den anderen Ländern jedoch eher niedrigschwellige Erfahrungen (Teilnahme von AfD-Politikern an Veranstaltungen, Gedenkstättenbesuche von Gruppen, Einträge in Besucherbüchern etc.). Aus den Berichten und der Diskussion wurde deutlich, dass die Frage des Umgangs mit der AfD noch nicht geklärt ist. Über die Kernfrage »Aushalten oder Ausgrenzen« werde

zurzeit in allen Gedenkstätten diskutiert. Themen seien dabei Fragen von Hausrecht und Gremienmitgliedschaften, aber auch der Umgang mit Gruppen bei Führungen.

Viele Einrichtungen haben aber bisher keine eigenen Erfahrungen gemacht. Die (bereits existierenden) Gedenkstätten sind anscheinend bislang nur partiell Gegenstand des politischen Konflikts und noch nicht in den Fokus der AfD geraten. Es sei aber auch kein bundesweit einheitliches Vorgehen der AfD in dieser Frage zu erkennen.

Stefan Wunsch, vom Vogelsang IP, sprach über die Lage der Orte, die in den Augen Rechtsextremer positive Identifikation ermöglichen. Als Reaktion auf die positive Bezugnahme (sei es in Form eines sogenannten Gruppenerlebnisses oder aber der medialen Inszenierung) wollen diese Gedenkstätten jetzt gemeinsam ein Handlungskonzept (bestehend aus einem praktischen Leitfaden sowie einem Fortbildungsmodul) entwickeln.

Folgende Handlungsfelder sollen dabei bearbeitet werden:

- Sicherheit und Recht (Sicherheitsbehörden, rechtliche Aspekte)
- Lobbyarbeit und Politik
- Weiterbildung
- Institution und Betrieb bzw. Zuständigkeiten (Hausrecht etc.)
- Leitbild, das eine klare Haltung der Organisation kommuniziert
- Öffentlichkeitsarbeit: Wie Umgehen mit rechtsextremen Vorfällen?

Jens Rönna (Mahnmal Kilian e.V., Flandernbunker Kiel) berichtete ebenfalls, dass die Frage der Abgrenzung gegenüber der AfD auch in Schleswig-Holstein noch nicht endgültig entschieden wurde. Seiner Meinung nach gehe es auch darum, Wähler*innen der AfD zurück in die Bejahung der Demokratie zu holen. Er schlug vor, in Bildungsmodulen noch stärker auf die Graustufen einzugehen und forderte, Haltung zu zeigen, aber dennoch gesprächsbereit zu bleiben: »Runde Tische« statt Ausgrenzung. In der Diskussion hielt Elke Gryglewski fest, dass für das Haus der Wannseekonferenz der Umgang mit geschichtsrevisionistischen Äußerungen bei Gruppenführungen Alltag sei. Neu sei jedoch beim Besuch von AfD-Gruppen die Frage, ob man nicht verpflichtet sei, direkt auf die geschichtsrevisionistischen Äußerungen der Parteiprominenz einzugehen, um den Besucher*innen in Bezug auf ihre Partei die »Augen zu öffnen«.

Gryglewski sprach sich in der Diskussion dann vehement für die Gründung einer Bundesorganisation der NS-Gedenkstätten aus und wurde dabei von verschiedenen Teilnehmenden unterstützt. Auch aus der Arbeitsgruppe der LAGs kam der Wunsch nach einer besseren bundesweiten Vernetzung; ähnliches berichtete auch die Arbeitsgemeinschaft der Landeszentralen für politische Bildung. Um auszuloten, inwieweit die Gedenkstättenkonferenz als Treffen der NS-Gedenkstättenleitungen sprachfähig ist, wurde am Nachmittag in einer Arbeitsgruppe diskutiert, ob die Gedenkstättenkonferenz auf die aktuelle politische Situation mit einer gemeinsamen Erklärung reagieren sollte. Nach intensiver Diskussion in dieser Arbeitsgruppe konnte dem Plenum ein Text vorgeschlagen werden, der mit kleinen Änderungen als Erklärung der bundesweiten Gedenkstättenkonferenz verabschiedet wurde. Diese Erklärung kann als erster Schritt auf dem Weg in eine gemeinsame bundesweite Organisation angesehen werden.

Eine zweite Arbeitsgruppe diskutierte die politischen Veränderungen in anderen europäischen Ländern und das daraus entstehende Nebeneinander unterschiedlicher,

teilweise widersprüchlicher historischer Erzählungen. So sei, laut Bericht aus der AG, in Ungarn und Polen durch die konservative Wende keine direkte Einflussnahme auf die Erinnerung an den Holocaust zu erkennen. Doch treten die nationalen Heldengeschichten verstärkt neben die Holocausterinnerung – dadurch werde das Großnarrativ verändert. Offen sei, wie diese Entwicklung in Italien verlaufen werde. In der Diskussion wurde jedoch deutlich, dass der transnationale Vergleich die nationale Geprägtheit des eigenen Blicks auch der deutschen Gedenkstätten erkennen lasse. Es sei wichtig, die erinnerungskulturellen Unterschiede konstruktiv zu nutzen. So zeige die Erfahrung mit internationalen Ausstellungsprojekten, dass die Konflikte über die Frage, wie man erinnern solle, produktiv sein könnten. Jedoch erscheine das fertige Produkt »Ausstellung« in den allermeisten Fällen für die Besucher*innen geschlossen, Diskussionen seien nicht mehr erkennbar. Die Arbeitsgruppe formulierte als Aufgabe, die »Offenheit« und »Multiperspektivität« und damit aber auch die Lebendigkeit und Spannung in die Ausstellungen zurückholen.

Die dritte Arbeitsgruppe fragte nach notwendigen Reaktionen der Bildungsarbeit der NS-Gedenkstätten auf die aktuelle politische Situation und kam zu zwei konkreten Schlussfolgerungen:

1 Die Führung, das Bildungsangebot, das am häufigsten genutzt werden, müsse von den Hausleitungen stärker wertgeschätzt werden. Guides seien oft nicht ausreichend geschult, eine Evaluation finde kaum statt. Es wurde ein großer Abstand konstatiert zwischen dem Anspruch der Hausleitung und dem, was dann konkret mit den Gruppen passiert. Dabei sei es viel anspruchsvoller, eine Führung zielgruppengerecht zu geben als viele Hausleitungen das wahrnehmen würden. Europäische Sichtweisen und generell Multiperspektivität solle gestärkt werden, aber auch die Herausarbeitung von »Gautönen«, um die Verstrickungen und Zusammenhänge der »Volksgemeinschaft« mit den Verbrechen stärker aufzuzeigen.

2 Eine weitere Forderung war, dass die Hausleitungen in Bezug auf die AfD und andere rechtsradikale Gruppen eine Haltung und Handlungsstrategien entwickeln müssten und dies nicht auf die (teilweise freiberuflichen) Guides abwälzen könnten. Dazu gehört die Installation eines Notruftknopfs, die Klärung von juristischen Grundlagen (was muss zur Anzeige gebracht werden, was nicht), die Erarbeitung einer Hausordnung und vor allem auch die Klärung der Handlungsoptionen. Hier fühlen sich viele Beteiligte allein gelassen.

Der dritte Tag der Konferenz widmete sich dem Tagungsort Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit bzw. dem historischen Ort sowie der daraus entstehenden Frage, welche Relevanz Zwangsarbeit für die NS-Gesellschaft hatte. Geschichtsdidaktiker Michelle Barricelli machte deutlich, dass die erzwungene Arbeit der Millionen von Menschen das zahlenmäßig größte Verbrechen des Nationalsozialismus und noch dazu ein in extremer Weise öffentlich sichtbares war: Die »Volksgenossinnen und Volksgenossen« begegneten den Zwangsarbeitenden mehrfach täglich, auf dem Weg zur Arbeit, in der Freizeit, in den privaten Haushalten. Auch waren alle Institutionen der verfassten Gesellschaft an der Zwangsarbeit beteiligt, nicht nur Arbeitgeber*innen, sondern auch Versicherungen, Reichsbahn, Polizei etc. Aber bei aller Sichtbarkeit wurde Zwangsarbeit nicht als Verbrechen wahrgenommen, sondern als kriegsbedingte Notwendigkeit. Auch heute wird das Verbrechen im Vergleich zur Shoah als Ver-

brechen »geringerer Kategorie« eingestuft – und deswegen oft vergessen. Dabei bietet die massenhafte, an allen Orten, bei allen Berufen, Schichten, Geschlechtern nachweisbare Verstrickung in die Zwangsarbeit und das Profitieren der Deutschen für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vielfältige Chancen. Tanja Vaitulevich, Bildungsreferentin aus Osnabrück, plädierte in diesem Zusammenhang für mehrtägige, partizipative, offene Formate und dafür, auch über Europa hinaus die Perspektive zu weiten. Es war ihr ein Anliegen, in ihrem Vortrag Partizipation als grundsätzlichen Ansatz historisch-politischer Bildungsarbeit herauszustellen – die kritischen Fragen von Jugendlichen müssten als Chance begriffen und genutzt werden. Bisher seien pädagogische Angebote oft zu geschlossen und wenig ergebnisoffen: Diese Angst vor dem Kontrollverlust müsse man aufgeben.

Die Diskussion über das Referat von Vaitulevich fiel kurz aus, dabei stellte sich doch die Frage, ob nicht ihr Referat ein Problem der Gedenkstättenarbeit aufzeigte: Die relative Geschlossenheit dessen, was vermittelt werden soll – und keine wirklich offene Reflexion und selbstständige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und damit auch mit der Gegenwart. Das stellt nicht die Notwendigkeit einer eigenen politischen Haltung in Frage, im Gegenteil, aber das Bewusstsein der eigenen Position muss die Möglichkeit anderer Schlussfolgerungen miteinbeziehen. Grenzen hat die Akzeptanz politischer Positionen jedoch da, wo diese gegen die Menschenrechte verstoßen.

Die NS-Gedenkstätten haben auf ihrer diesjährigen Konferenz versucht, diese Grenze durch ihre gemeinsame Erklärung deutlich in der Öffentlichkeit zu markieren. Ob jedoch die Gedenkstätten sich zur Gründung einer bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der NS-Gedenkstätten entscheiden und dann häufiger öffentlich Position beziehen, bleibt abzuwarten.

Dr. Juliane Haubold-Stolle, Historikerin, ist zur Zeit wissenschaftliche Mitarbeiterin im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Berlin-Schöneweide.

1 Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, siehe: <https://fra.europa.eu/de/press-release/2018/anhaltender-antisemitismus-der-eu> (21.2.2019)